

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

39 (30.9.1949)

BADISCHES VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 5 / Nr. 39

Freitag, 30. September 1949

Preis 15 Pf.

Atom-Herrschaft der USA zu Ende

Die Sowjetunion im Besitz der Atomwaffe — Die Front des Friedens ist gestärkt

„Wir haben Beweise dafür, daß in den letzten Wochen in der Sowjetunion eine Atomexplosion stattfand“, erklärte Präsident Truman am Freitag vor Pressevertretern. In London und Ottawa wurden offizielle Erklärungen des gleichen Inhalts der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Die „New York Times“ erklärte zu der Bekanntgabe Trumans, daß hiermit die Vorherrschaft der USA auf dem Gebiete der Atomwissenschaft und der Atomwaffen praktisch beendet sei und der amerikanische Senator Mac Mahon meinte, die USA seien sich dem schwierigsten Dilemma ihrer Geschichte gegenüber.

Prof. Auger, ein führender Atomwissenschaftler Frankreichs, gab seiner Überraschung Ausdruck, daß die sowjetische Wissenschaft so äußerst rasch in der Entwicklung der Atomenergie gewesen sei. Die Amerikaner hätten zur Herstellung der ersten Atombombe drei Jahre benötigt, und man wäre allgemein der Auffassung gewesen, daß die UdSSR dazu mindestens zehn bis fünfzehn Jahre brauchen werde.

Eine Friedensnachricht nannte der Führer der Linksozialisten, Pietro Nenni, die Nachricht von der Atomexplosion in Rußland und Togliatti äußerte die Hoffnung, „daß die Amerikaner sich jetzt klug benehmen“.

Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS veröffentlichte zur Bekanntgabe Präsident Trumans folgende Erklärung: „In der Sowjetunion werden bekanntlich umfassende Bauarbeiten zum Bau von Wasserkraftwerken, Bergwerken, Kanälen und Straßen durchgeführt. Diese Arbeiten machen unter Anwendung der modernsten technischen Mittel viele Sprengungen erforderlich. Da diese Sprengungen in den verschiedensten Gebieten des Landes häufig durchgeführt wurden und auch noch durchgeführt werden, ist es möglich, daß sie die Aufmerksamkeit außerhalb der Grenzen der Sowjetunion auf sich gezogen haben.“

Die TASS erinnert weiter an die Tatsache, daß Molotow bereits am 6. November 1947 eine Erklärung über das Atombombengeheimnis abgab und feststellte, daß dieses Geheimnis bereits seit langem keines mehr ist, und daß die Sowjetunion das Geheimnis der Atomwaffe bereits besitze. Die Politiker des Westens haben damals die Erklärung Molotows als einen Bluff bezeichnet, um die diplomatische Stellung der

Sowjetunion bei den internationalen Verhandlungen zu stärken.

Mit der Erklärung Präsident Trumans und der Verlautbarung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS ist ein brutaler Wunschtraum der amerikanischen Imperialisten zu Ende, und damit hat zugleich ein reales Mittel der Gewalt und Erpressungspolitik der reaktionärsten Politiker der USA gegenüber anderen Völkern weitgehend seine Wirkung verloren. Mit dem angeblichen Monopol der Atomwaffe glaubten sie, ihre imperialistische Vorherrschaft begründen und sicherstellen zu können, und wiesen jegliche Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion um eine Entspannung des Verhältnisses zwischen Ost und West zurück.

Für die Völker Europas und der ganzen Welt, vor allem für das deutsche Volk, dessen Gebiet bei einem neuen Weltkrieg automatisch zum Kriegsschauplatz werden

mußte, ist die Nachricht, daß die Sowjetunion das Geheimnis der Atomwaffe besitzt, eine gute Nachricht. Denn damit ist die Gefahr, daß die imperialistischen Kriegstreiber den dritten Weltkrieg auslösen, weitgehend beseitigt. Die Front des Friedens und der Völkerverständigung hat einen gewaltigen Gewinn zu verzeichnen. Der deutsche Atomphysiker und Nobelpreisträger Prof. Dr. Hahn erklärte, daß es nunmehr keinen Krieg mehr geben werde, da die beiden Weltmächte gleichermaßen die Atombombe besäßen.

Diejenigen, die bereit sind, die Welt in eine neue furchtbare Katastrophe zu stürzen, sind um vieles schwächer geworden. Und diese Schwächung muß dazu führen, daß die bedrohten Völker den Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens und um die Verständigung der Völker verstärken. Die Sowjetunion wird den Besitz des Atomgeheimnisses nicht dazu beputzen, um

ihn als Mittel des Druckes, der Drohung und der Unterdrückung anderer Völker zu benutzen, wie dies bislang durch großwahnsinnige Politiker der USA geschehen ist. Sie wird weiterhin kämpfen für das bedingungslose Verbot der Anwendung der Atomwaffen, der Vernichtung der bereits vorhandenen, für die Menschheit so verderblichen Atombomben und das Verbot ihrer Herstellung.

Atomenergie für friedliche Zwecke

Der von der Moskauer Friedenskonferenz zurückgekehrte Erzbischof von Canterbury, Dr. Hewlett Johnson, erklärte zur Atomexplosion in der Sowjetunion, daß die russischen Wissenschaftler sich bei weitem mehr für die Nutzbarmachung der Atomenergie in der Industrie, als für die Herstellung von Atombomben interessieren.

Wyschinskis Offensive für den Frieden

Vorschläge für Verbot der Atomwaffen und für Friedenspakt

Der sowjetische Außenminister Wyschinski schlug in der Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Pakt zwischen den fünf Großmächten zur Erhaltung des Friedens vor und empfahl ein Verbot der Anwendung von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln zu beschließen. Der Vorschlag Wyschinskis umfaßt folgende Punkte:

1. Die Vollversammlung sollte eine Entschließung fassen, in der die Vorbereitungen für einen neuen Krieg, die in einer Anzahl von Ländern, vor allem in den USA und Großbritannien, getroffen werden, der Ver-

dammung verfallen. 2. Die Vollversammlung solle die Anwendung von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln als mit dem Gewissen und der Ehre der Nationen und mit der Mitgliedschaft der UN unvereinbar verbieten. 3. Die Vollversammlung möge einstimmig den Wunsch aussprechen, daß die USA, Großbritannien, China, Frankreich und die Sowjetunion ihre Bemühungen, die Gefahr eines neuen Krieges abzuwenden, vereinen und miteinander einen Pakt zur Stärkung des Friedens abschließen.

Der polnische Delegierte Wierblowski protestierte dagegen, daß gewisse Mitglieder

der UN provokatorische Revisionisten in Westdeutschland dulden und ermutigen. Nur eine wahrhafte Demokratisierung in Deutschland könne zu einer Stabilisierung der Lage Deutschlands gegenüber anderen Nationen führen. Polen habe seine Absicht zu erkennen gegeben, mit einem demokratischen Deutschland zusammenzuarbeiten. Wierblowski appellierte an die Vereinten Nationen, dem Vorschlag der Sowjetunion zum Abschluß eines Paktes der großen Fünf zur Stärkung des Friedens zuzustimmen. Der USA-Delegierte erklärte: „Wir wollen den Plan im einzelnen prüfen. Die USA sind natürlich an dem Plan interessiert.“

Gegen außenpolitische Provokationen

Walter Fisch rechnet in Bonn mit den Hetzern ab

Der Bundestagsabg. der KPD, Walter Fisch, hielt in seiner Rede im Bundestag scharfe Abrechnung mit den chauvinistischen Exzessen, die sich bei der Debatte zur Regierungserklärung und vor allem während der Rede des Gen. Max Reimann unter der Duldung des Präsidenten des Bundestages und des Bundeskanzlers in Bonn abspielten. Vielleicht habe wenigstens, so sagte er, die Aufforderung der Zentrumspräsidentin, Frau Wessel, über die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen Ost und West die Bundesregierung nachdenklich gestimmt, nachdem diese an einem Tag mehr außenpolitisches Porzellan zerschlagen habe, als alle Regierungen in der Weimarer Republik zusammen. Anscheinend bestehe die heutige Regierungsweisheit darin, Deutschland in eine völlige Isolierung zu treiben.

Der Kanzler schwieg zu allen hier erhobenen Ansprüchen auf Annexion Böhmens und Mährens und den „Anschluß“ Osterreichs, fuhr Fisch fort. Er schwieg, als die Bayernpartei „eine deutsche Ordnungsmacht im Donauraum“ forderte, aber er hielt es für nötig, gegen Max Reimanns Forderungen auf Anerkennung der Friedensgrenze im Osten aufzutreten. Es sei eine Geschmacklosigkeit, von „deutschen Leistungen in Polen und der CSR“ zu sprechen, solange man uns die deutschen Vernichtungskampagnen in Auschwitz und Lidice vorkommen lassen. Die chauvinistische Politik der Regierung könne allerdings nicht überraschen, wenn im Parlament Männer wie der ehemalige IG-Farben-Syndikus Euler sitzen, die unter Hitler Zwangsarbeiter aus der Tschechoslowakei nach Auschwitz schickten.

Wir leben nicht in Texas oder in Hollywood“, rief Fisch den Rechtsparteien zu, „wir können uns keine Politik der Spekulation auf neue Kriegserlaubnisse, das zeigen Berlin und die Opfer, die wir für die Luftbrücke zu bringen haben.“ Unter Beifall auch der nicht-kommunistischen Abgeordneten stellte Fisch diese Politik die Notwendigkeit der Wiedergewinnung des Selbstbestimmungsrechtes für das ganze deutsche Volk gegenüber.

Der Rechtsregierung mit ihrer schwachen Mehrheit müsse eine geschlossene Front der Sozialdemokraten und Kommunisten gegenübergestellt werden, stellte Fisch weiter fest. Auf den Zwischenruf des Berliner SPD-Vorsitzenden, „wer steckt denn in den KZ der Ostzone?“, antwortete der kommunistische Sprecher: „Ich bin bereit, mit Ihnen gemeinsam zu prüfen, ob SPD-

Leute in den Internierungslagern sitzen. Uns Kommunisten ist jedes Mittel recht, um ein neues 1933 zu verhindern. Führende Sozialdemokraten in der Sowjetzone haben die Lehren aus den Fehlern der beiden Arbeiterparteien im Weimarer Staat gezogen — beide Parteien müssen auch jetzt den Vormarsch der reaktionärsten Elemente abwenden.“

Eisiges Entsetzen

Die „Frankfurter Rundschau“ bringt zu den Vorgängen im Bundestag anlässlich der Debatte zur Regierungserklärung und zu der provokatorischen Störung der Rede Max Reimanns Pressestimmen aus Skandinavien mit der Überschrift „Eisiges Entsetzen in Skandinavien über die Zusammenstöße im Bundestag.“ Die Zeitung schreibt u. a. wörtlich:

„Das bürgerliche Blatt „Stockholms Tidningen“, das ein radikales antikommunistisches Blatt par excellence ist, spricht nicht nur wörtlich von „Pöbelaustritten der hypernationalistischen Rechtsparteien“, sondern gibt zugleich dem größten Teil seines heutigen Leitartikels die Form einer beißenden Kritik. Das Verhalten Dr. Köhlers gegenüber Reimann, das aus grundsätzlichen parlamentarischen Erwägungen in der schärfsten Form verworfen wird, die Auftritte, die sich während der Ausführungen Reimanns abspielten, so heißt es im Leitartikel, seien weder mit mangelnder parlamentarischer Schulung, noch mit verzeihlicher patriotischer Indignation zu entschuldigen. „Alles“, so heißt es wörtlich, „deutet darauf hin, daß sie einer Mentalität entspringen, der der Sinn für das Grundlegende im Begriff der Demokratie fehle.“

Arbeitereinheit in Frankreich

Vor neuen Streikämpfen der französischen Arbeiter

In verschiedenen Teilen Frankreichs sind Streiks und Lohnbewegungen der Arbeiter ausgebrochen; so im nordfranzösischen Grubengebiet von Douai. Bereits am Sonntag blieb etwa die Hälfte der Untertagearbeiter der Gruben der Arbeit fern. Auch in Paris sind neue Lohnbewegungen der Arbeiterschaft im Gange. Ein Teilstreik der Lebensmittelindustrie dauert bereits schon über eine Woche.

Beim Stapellauf des Tankers „Ariane“ in St. Nazaire kam es zu Kundgebungen der Werftarbeiter um höhere Löhne. Die Ehrentribüne war bereits von demonstrierenden Arbeitern besetzt, als die Taufpaten sie betreten wollten.

Der Vorsitzende der „Force Ouvrière“, Albert Bouzanquet, erklärte Vertretern der amerikanischen und britischen Presse, daß große Streikbewegungen unvermeidlich seien, wenn die französische Regierung nicht in der Lage ist, vor dem 1. Oktober das Elend der Arbeiter zu beseitigen. Er erklärte ferner, daß die in der „Force Ouvrière“ organisierten Arbeiter trotz aller sonstigen Differenzen bei den kommenden

Lohnkämpfen, die infolge der Geldabwertung ausbrechen werden, gemeinsam mit der kommunistischen Gewerkschaft CCT kämpfen werden.

Lohnkampf gegen Abwertung

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Großbritanniens, Harry Pollitt, forderte die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in einer Rede in Sheffield auf, zur Verteidigung ihres Lebensstandards gegen die Abwertung den Lohnkampf zu verstärken. Alle Gewerkschaftler sollten höhere Löhne fordern. Alle Arbeiter, die zur Verteidigung ihres Lebensstandards offizielle oder inoffizielle Massenaktionen einleiteten, sollten die volle Unterstützung aller anderen Teile der Gewerkschaftsbewegung erhalten, sagte Pollitt.

Pollitt erklärte weiter, die Abwertung sei das Signal für den grausamsten Halsabschneiderischen Konkurrenzkampf um die beschränkten Märkte der kapitalistischen Welt. Die Senkung des Lebensstandards des Volkes sei nur der erste Schritt.

Aus dem Inhalt:

Spielball der imperialistischen Interessengegensätze

Die wirkliche Regierung Westdeutschlands

Wird der Stadtrat langsam ausgeschaltet?

Das Ende eines Spions des Imperialismus

„Soziale Wohnraumwirtschaft“

Kriegshetze im Bundestag

Von Kurt Müller

„Frankreich und Italien sind wegen der zahlreichen Kommunisten, die es dort gibt, nicht einmal in Frage, gegen die Sowjetunion zu mobilisieren, geschweige denn zu kämpfen. Jahrhundertlang war Deutschland der zuverlässige Wall gegen den Osten.“

Kaum hat ein Exponent der amerikanischen Kriegstreiber, Walter George, diese Worte im amerikanischen Senat ausgesprochen, da wurde schon im neuen Bundestag eine Aktion gestartet, die den Eindruck erweckt, als befände sich Westdeutschland im Kriegszustand mit der Sowjetunion, mit Polen und der Tschechoslowakei. Alle Parteien des Bundestages — außer Sozialdemokraten und Kommunisten — der Bundestagspräsident und der Bundeskanzler im Namen der Regierung organisierten auf der Bundestagsversammlung am 22. 9. eine chauvinistische Demonstration, die an die trüben Tage der Jahre 1938—39 und 1941 erinnerte. Nur Max Reimann kämpfte in dieser Bundestagsversammlung entschlossen für den Frieden.

Als Max Reimann in seiner Rede gegen jeden revisionistischen Gedanken kämpfte, für freundschaftliche und friedliche Beziehungen zu allen Völkern, insbesondere zu dem neuen Polen eintrat, wurde er nicht nur durch nationalistische Zwischenrufe der Abgeordneten der Regierung und der Rechtsparteien gestört — sondern der „demokratische“ Präsident Dr. Erich Köhler erteilte Reimann einen Ordnungsruf, weil die Meinung von Reimann, wie er sagte, mit der Ansicht der Mehrheit des Hauses nicht übereinstimme. Aus denselben Gründen gestattete er Reimann nicht, die vorgesehene Redezeit voll auszunutzen. Wahrscheinlich, das war der erste deutliche Beitrag, der uns zeigt, was man im westdeutschen Bundesstaat unter Demokratie versteht.

Der Bundeskanzler, Dr. Konrad Adenauer, fühlte sich im Anschluß an die Rede Reimanns bemüht, im Namen der Regierung eine Erklärung abzugeben, in der er sagte, daß „die Rede Reimanns den deutschen Interessen absolut zuwiderläuft“. Damit gab er nicht nur den Auftakt, sondern übernahm direkt die Verantwortung für das wilde chauvinistische Treiben, das danach in der Bundestagsversammlung einsetzte. Der Hauptredner der Deutschen Partei, einer Regierungs-Partei, Ewers, machte in seiner Rede Propaganda für den Anschluß Osterreichs an Westdeutschland. Der Abgeordnete Dr. Seelos von der Bayernpartei sekundierte ihm. Dr. Adenauer billigte die Fragestellung, denn er schwieg dazu. So war es nicht verwunderlich, daß der Vertreter der WAV, Loritz, nicht nur die Zurückgliederung von Westpreußen und Pommern usw. forderte, sondern auch die Zurückgewinnung „urdeutscher Gebiete“, wie „Deutschböhmen“ und „Deutschmähren“. Auch er tat dieses mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß er das Regierungsprogramm billige und glaube, daß auch Dr. Adenauer seine Konzeption akzeptiere.

Obwohl Dr. Adenauer also ausdrücklich in dieser Frage angesprochen wurde, schwieg er dazu, das heißt, er billigte auch diesen nationalistischen Exzeß. Die gemeinen Ausfälle gegen Staatsmänner fremder Staaten, gegen den Staatspräsidenten Bierut-Polen und Gottwald-Tschechoslowakei, die ein früherer Funktionär der Henlein-Partei, Dr. Richter, vortrug, erinnerte direkt an die Hitlerische Verleumdung fremder Staatsmänner während des Krieges. Selbst die Nazis wagten nicht, vor Ausbruch des Krieges gegen Staatsmänner von Ländern, mit denen Deutschland wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen hatte, derartige Ausfälle vorzubringen. Man überlege dabei, Westdeutschland hat, wenn, auch keine diplomatischen, so doch sehr enge Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei. Man muß weiter betonen, daß heute in wachsendem Maße einsichtige Unternehmer und Geschäftsleute zu der richtigen Auffassung gelangen, daß Westdeutschlands Wirtschaft nur durch die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei gesunden kann. Aber auch für diesen Fall muß festgestellt werden, daß der Bundeskanzler Dr. Adenauer auch zu diesen Ausfällen Dr. Richters schwieg.

Das Bild rundet sich ab. Man überlege: Max Reimann, der Friedensbeziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei forderte, wird vom Präsidenten unterbrochen. Er erhält einen „Ordnungsruf“. Der Bundeskanzler in eigener Person fühlt sich bemüht, im Namen der Regierung gegen die Rede aufzutreten.

Aber gegen alle diese nationalistischen Treiberen schreitet kein Bundestagspräsident und kein Dr. Adenauer ein. Ob dadurch das Ansehen dieser neuen Regierung im Ausland geschädigt wird, interessiert uns wenig. Uns kann nur recht sein, wenn sie ihr wahres Gesicht offenbart.

Aber daß dadurch das Ansehen des deutschen Volkes — und die Mehrheit der Deutschen rückt entschieden von diesem Chauvinismus ab — im Ausland geschädigt

(Fortsetzung auf Seite 2)

Im Streiflicht gesehen

KPD-Antrag gegen Preiserhöhung

Die KPD-Fraktion im Bundestag legte einen Dringlichkeitsantrag zur Annahme vor, in dem es heißt:

Der Bundestag wolle beschließen: Die Bundesregierung wird beauftragt, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, die eine Garantie dafür geben, daß nach der zu erwartenden Abwertung der Deutschen Mark keinerlei Preiserhöhungen für Lebensmittel und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs eintreten.

Terror in Chile

In Chiles Hauptstadt Santiago und einigen anderen Städten des Landes war es zu Demonstrationen gegen die Erhöhung der Verkehrstarife gekommen. Mit Einsatz von Polizei und Militär wurden diese Demonstrationen brutal niedergeschlagen. Wie die „Frankfurter Rundschau“ meldet, nimmt die Regierung Chiles nunmehr diese Demonstrationen zum Anlaß, um nicht nur Kommunisten, sondern auch andere freileibende und demokratische Bürger zu verfolgen und ohne Gerichtsverfahren in Konzentrationslagern zu bringen.

Francos Freunde in den USA

Der republikanische US-Senator Robert Taft, der Begründer des Anti-Streikgesetzes, fordert, daß die USA normale diplomatische Beziehungen zu Spanien aufnehmen. Gute Beziehungen zu Spanien bedeuten, so meinte Taft, für die USA die Möglichkeit, dort Luftstützpunkte zu errichten.

Lebensmittel aus der Ostzone

Das Bundeswirtschaftsministerium und die Wirtschaftskommission der Ostzone werden voraussichtlich in der nächsten Woche ihre Besprechungen über den Abschluß eines Interzonenhandelsabkommens abschließen. Es soll geplant sein, u. a. auch größere Mengen Le-

bens- und Futtermittel aus der Ostzone zu beziehen.

Besatzungsstatut über alles

„Über dem Grundgesetz steht immer noch das Besatzungsstatut“, so erklärte der britische Kreiskommissar dem Erwerbslosenausschuß in Braunschweig, als er die Einberufung einer Erwerbslosenversammlung verbot. Der Sprecher der Erwerbslosen hatte sich auf das Bonner Grundgesetz berufen.

1500 Entlassungen auf der Deutschen Werft?

Die Direktion der Deutschen Werft brachte dem Betriebsrat ein Schreiben zur Kenntnis, das an den Hamburger Wirtschaftsrat gerichtet war. In diesem Schreiben heißt es, daß die Werft sich gezwungen sehe, infolge nicht zu erhaltender Bankkredite bis Ende des Monats 1500 Arbeiter und Angestellte zu entlassen, wenn keine Aenderung eintrete.

Die Totgesagten kämpfen

In Griechenland finden seit dem 22. September in der Gegend von Lani schwere Kämpfe zwischen Einheiten der demokratischen Armee und Abteilungen der Athener Regierungstruppen statt, meldete am Sonntag der Sender „Freies Griechenland“.

Reaktionäre Hysterie in den USA

Der berühmte amerikanische Negerseger Paul Robeson, der vom Bundesrichter Medina im New Yorker Schauprozess gehindert wurde, als Zeuge für die angeklagten Funktionäre der Kommunistischen Partei der USA auszusagen, erklärte auf einer anschließenden Pressekonferenz, daß der Prozeß ein charakteristisches Merkmal der in den USA ausgebrochenen reaktionären Hysterie sei.

Er wendet sich an die richtige Adresse

Der Beauftragte des bekannten Faschisten Otto Strasser in Deutschland, Hans Giessen, forderte den Bundesrat in einem Brief auf, die Bundesregierung zu beauftragen, sich bei der britischen Regierung für die Rückkehr Strassers einzusetzen.

Wahrscheinlich ermunterten ihn die nationalistischen Exzesse im Bundestag zu diesem Schritt.

(Fortsetzung von Seite 1)

wird, kann uns nicht gleichgültig sein. Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in seiner Regierungserklärung selbst zum Ausdruck gebracht, daß er in der Frage der Außenpolitik nichts zu sagen habe, daß dafür die Hohe Kommission unter Führung McCloy verantwortlich ist. Das enthebt ihn aber nicht der Verantwortung für diese nationalen, kriegshetzerischen Provokationen. Diese Regierung der „kolonialen Verwaltungsstelle“ — dieser Ausdruck ist wörtlich der „New York Herald Tribune“ entnommen, hat es fertiggebracht, schon am 1. Tage ihres Auftretens vor dem neuen Parlament sämtliches politisches Porzellan zu zerbrechen und ihr wahres Gesicht zu offenbaren, als ein Organ, das auf solche Reden wie die eingangs zitierte des Senators George reagiert, wie ein Kavalleriegaul auf Trompetensignale. Mit solchen nationalistischen Provokationen glaubt die Regierung Adenauer ihre Hoffbarkeit für die Aufnahme in den Atlantikpakt zu beweisen. Sie will ihre Rolle erfüllen, die ihr von den westlichen Kriegstreibern zugewiesen wurde.

Alle guten Deutschen aber, insbesondere die deutsche Jugend, müssen, wenn sie nicht noch einmal Opfer einer solchen Politik der Kriegshetzer und des Chauvinismus werden wollen, entschlossen gegen die Kriegshetzer und ihre westdeutsche Vasallen-Regierung für den Frieden und freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern kämpfen.

Die beiden Heimkehrer

Ein bezeichnendes Licht auf die Haltung amtlicher Stellen werfen die Tatsachen, die über die Provokation der beiden sogenannten „Heimkehrer“ mittlerweile bekannt geworden sind. Diese „Heimkehrer“, denen von der Wache des Plenarsaales Tür und Tor geöffnet wurde, wurden zur Unterstützung der Kundgebungen der Rednertribüne auf die Rednertribüne lanciert. Es handelt sich um Leute, die schon seit Monaten aus der Gefangenschaft entlassen sind und die in ihren alten Uniformen bettelnd durch die Lande ziehen, um für ihr „Geschäft“ Mitleid zu erregen. Sie wurden im Bundeshaus auf Geheiß des Präsidenten drei Tage lang verpflegt und erhielten einen besonderen Begleiter, der ihren Einsatz für die Provokationen im Bundestag leitete.

Anwachsen der KP Italiens

Die italienische kommunistische Partei, die voriges Jahr nach der Wahl einen Rückgang erlitt, wächst jetzt wieder mit noch nie dagewesener Schnelligkeit, berichtet die britische Nachrichtenagentur Democratic and General News. Die Mitgliederzahl wird jetzt mit 2.242.719 angegeben, fast eine Viertelmillion mehr, als die zuletzt veröffentlichte Zahl, während die Parteizentrale L'Unita täglich 500.000 Exemplare verkauft gegenüber 360.000 im Dezember vorigen Jahres. Die theoretische Monatszeitung der Partei, Rinascita, verkauft nahezu 50.000 Exemplare. Diese Tatsachen sind durch Pietro Secchia, den zweiten Sekretär der Partei, bekanntgegeben worden.

Hetzkampagne des Vatikans widerlegt

Vor einer Gruppe ausländischer Journalisten von westeuropäischen Zeitungen bezeichnete der tschechoslowakische Gesundheitsminister und ehemalige Priester Josef Plojhar den Vatikan als „Diener des Kapitalismus und des Imperialismus“. Erzbischof Beran habe von Anfang an eine negative Haltung gegenüber der Lösung der umstrittenen tschechoslowakischen Kirchenfrage eingenommen, sagte Plojhar. Er wandle sich auch gegen das Exkommunikationsdekret des Vatikans und gegen die Erklärung der katholischen Kirche, die tschechoslowakische Regierung versuche, die katholische Kirche zu spalten und eine separate, vom Staat geförderte „katholische“ Kirche zu bilden.

Pariser Friedenstag verboten

Eine zum internationalen Friedenstag am 2. Oktober auf dem Marsfeld geplante Friedenskundgebung der Pariser Bevölkerung ist von der französischen Regierung verboten worden.

Der Pariser Friedensausschuß hat gegen das Verbot protestiert und erklärt, daß er auf seiner Forderung für eine Genehmigung der geplanten Versammlung weiterhin bestehen werde.

Die Geburtstagsfeier von Marcel Cachin

Von Paula Acker

Im überfüllten Saal der Mutualité feierten am Abend des 20. September 1949 die Pariser Bevölkerung und Abordnungen aus ganz Frankreich sowie die Vertreter von 19 Nationen den Geburtstag des großen Franzosen, des großen Sohnes der internationalen Arbeiterbewegung Marcel Cachin. Als der 80jährige auf der Bühne Platz nahm, jubelten ihm Frauen, Männer, Kinder und Greise in allen Sprachen zu. Zehn Minuten lang wagte die Liebe der französischen Arbeiterschaft, das Stimmengewirr der ausländischen Delegation durch den Saal.

Vive Cachin, vive la France, vive le mouvement Ouvrière! Zur Begrüßung nahm Genosse Maurice Thorez das Wort. Er führte aus: „Unsere Zusammenkunft ist vor allem eine Feier der Treue. In der Tat ist Marcel Cachin die Versinnbildlichung der Treue: die Treue zu den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus, des Kommunismus, der Treue zu jenem hohen Ideal der Gerechtigkeit, des Fortschritts und des Friedens, welches die Jugend Marcel Cachins begeisterte, und als neue und helle Flamme in seinem Herzen, im Herzen des trotz seiner 80 Jahre Jüngsten unter uns heute brennt. Treue gegenüber der Arbeiterklasse, gegenüber dem Volke Frankreichs, dem Marcel Cachin seit 60 Jahren mit grenzenloser Energie und beglücktem Eifer gedient hat, der Treue gegenüber der Partei der Arbeiterklasse, deren Pionier und Organisator Marcel Cachin mit

Spielball der imperialistischen Interessengegensätze

Der Kampf zwischen USA, England und Frankreich um die Abwertung der DM

Die deutsche Presse ist in den letzten Tagen überaus nervös gewesen wegen der ständigen Verschiebung der Bekanntgabe der Abwertung der D-Mark und des Umfangs derselben. Kurz vor Redaktionsschluss unserer Zeitung gibt der Rundfunk bekannt, daß die drei Hohen Kommissare sich über die Höhe der Abwertung der deutschen Währung geeinigt hätten, und daß es der deutschen Regierung vorbehalten sei, das Resultat der Verhandlungen dem deutschen Volk bekanntzugeben.

Die Spalten der Zeitungen waren in den letzten beiden Tagen voller Mutmaßungen über die Ursache der Verzögerung. Die Amerikaner sollen auf einer 25prozentigen Abwertung bestanden haben; die Franzosen forderten dagegen, daß die D-Mark nur um 15 Prozent abgewertet wird. Daneben tauchte die Vermutung auf, daß bei den Verhandlungen der Washingtoner Finanzkonferenz Englands, Amerikas und Kanadas Sir Stafford Cripps eine nur 20prozentige Abwertung der deutschen Währung zugestanden worden sei.

Möge das Ergebnis, das das deutsche Volk durch eine Verlautbarung der westdeutschen Schattenregierung erfahren wird,

lauten wie es will, mögen die Vertreter der USA ihre Konzeption einer möglichst hohen Abwertung der Deutschen Mark verwirklichen oder den englischen und französischen Interessen einige Prozente opfern, die Ergebnisse zeigen wieder einmal, daß Westdeutschland nur ein Spielball der Interessengegensätze der westlichen kapitalistischen Länder ist, und daß seine eigenen wirtschaftlichen Interessen bei den Verhandlungen überhaupt keine Rolle spielen.

England hat abgewertet nach dem Diktat des Finanzkapitals der USA. Der englische Schatzkanzler Cripps hat es nicht freiwillig getan, er hat sich lange Zeit hartnäckig zur Wehr gesetzt und noch kurz vor Beginn der Washingtoner Konferenz seine Entschlossenheit bekundet, den Kurs der englischen Währung zu halten. Damals warf ihm die kontinentale kapitalistische Presse Halsstarrigkeit vor und beschuldigte England, daß es durch seinen Egoismus alle Pläne der Wiedergesundung der europäischen Wirtschaft verhindere. Nach der radikalen Abwertung des Pfundes ist nun Stafford Cripps wieder der Sündenbock: Die Wirtschaftszeitungen der westeuropäischen Länder bezichtigen Britannien der Dumping-

politik und befürworten die Schaffung eines kontinentalen Wirtschaftsblocks gegen England.

Wohl noch nie hat die bürgerliche Presse ein Ereignis der jüngsten Geschichte so uneinheitlich und verworren kommentiert, als den Währungssturz. Ihre Unsicherheit und Hilflosigkeit ist letzten Endes die Widerspiegelung der wachsenden Unsicherheit und Hilflosigkeit der bürgerlichen Welt gegenüber der fortschreitenden Zerrüttung des kapitalistischen Wirtschaftsgefüges und der sich immer mehr verschärfenden Gegensätze der einzelnen kapitalistischen Gruppen.

Bei der Abwertung des englischen Pfundes war nicht Sir Stafford Cripps, sondern das imperialistische Interesse des amerikanischen Finanzkapitals maßgebend. Es hat die Finanzkrise Großbritanniens ausgenützt, um durch die erzwungene Abwertung den Kapitalexporth nach den Ländern des Sterlingblocks zu erleichtern zur Beschleunigung der imperialistischen Beherrschung der Wirtschaft dieser Länder. Das Zehn-Punkte-Programm der Washingtoner Konferenz sieht u.a. die verstärkte Anlage amerikanischen Kapitals im Bereich des Sterlings vor.

Die wahre Verfassung Westdeutschlands

Mit Adenauers Regierung kam das Besatzungsstatut

der Fortführung der reaktionären Wirtschaftspolitik des Dr. Erhard, betonte er besonders die Bereitschaft, das Vertrauen des ausländischen Kapitals wieder zurückzugewinnen zu wollen.

Ist das deutsche werktätige Volk ebenfalls für die großzügige Anwendung des Besatzungsstatuts? Dr. Adenauer hat als Vertreter einer kleinen Schicht des deutschen Volkes, deren wirtschaftliche und politischen Interessen mit den Zielen des imperialistischen Monopolkapitals übereinstimmen, gesprochen.

Das deutsche werktätige Volk ist gegen jedes Besatzungsstatut. Kurz nach der Veröffentlichung des Besatzungsstatuts, am 13. April 1949, hat der Parteivorstand der KPD in einer Erklärung zum Besatzungsstatut gesagt:

„Das Besatzungsstatut nimmt dem deutschen Volke alle Rechte seiner Selbstbestimmung und Souveränität, die ihm in der Atlantikcharta und im Potsdamer Abkommen

zusichert wurden. Es nimmt uns das Recht, unsere Wirtschaft nach eigenem Ermessen zu gestalten und die Freiheit unserer Finanzgebarung. In diesem Besatzungsstatut wird dem deutschen Volk das Recht genommen, die Bonner Verfassung nach freiem Willen zu ändern. Das beweist, daß die Westmächte die Bonner Verfassung nicht als vorläufige Regelung ansehen, sondern daß sie den durch das Besatzungsstatut und die Bonner Verfassung geschaffenen kolonialen Zustand und die Spaltung Deutschlands verewigen wollen.“

Unter dem Besatzungsstatut kann es keinen politischen und wirtschaftlichen Aufstieg des deutschen Volkes geben. Allein die Klausel, die den Außenhandel unter die Kontrolle der Besatzungsmächte stellt genügt, um es zu einer verhängnisvollen Fessel für eine wirkliche selbständige und demokratische Entwicklung Deutschlands zu machen.

Das Besatzungsstatut ist die wahre Verfassung des westdeutschen Staates. Aber kein Volk wird sich auf die Dauer damit abfinden, ohne Friedensvertrag und ohne das Recht auf Selbstbestimmung zu leben, auch das deutsche Volk nicht. Auch die Bonner Regierung der westdeutschen Millionäre wird nicht verhindern können, daß die Bewegung für die deutsche Einheit und Unabhängigkeit und für einen gerechten Frieden zur Bewegung des ganzen Volkes werden wird.

Pressestimmen

Millionenverluste durch Zwangsimporte

Obwohl die Weltmarktpreise inzwischen wesentlich zurückgegangen sind, liegt heute noch der Preis für die deutsche Exportkohle mit 15 Dollar je Tonne unter den derzeitigen Auslandspreisen. Im Durchschnitt stellen diese sich Ende Juni auf etwa 21 Dollar je Tonne, und dies bedeutet einen Anstieg von 6,6 Dollar für jede Tonne exportierter Kohle für unsere Volkswirtschaft.

Eine noch größere Einbuße dürften wir nun nach einer Meldung aus Paris, künftig bei den Kohlenlieferungen nach Frankreich erleiden. Der französische Franken ist jetzt neu bewertet worden, und der Kurs beträgt 350 Franken für einen Dollar. Die Ruhrkohlenlieferungen sollen aber zu dem Kurs von 214 Franken für einen Dollar abgerechnet werden. Dies würde bedeuten, daß Frankreich hier noch einen besonderen Nachlaß von 40 Prozent bekommen und tatsächlich nur 9 Dollar für eine Tonne Kohle bezahlen würde.

„Stuttgarter Zeitung“

Monarcho-Faschisten wollen USA zum Balkankrieg provozieren

In der von dem griechischen Kriegsminister Kannelopoulos angedeuteten Drohung, daß griechische Truppen in Albanien und Bulgarien einmarschieren werden, falls diese Länder weiterhin die kommunistischen griechischen Rebellen unterstützen, ist viel Provokation enthalten.

Wahrscheinlich ist die Prahlerei in der Form, in der sich Mr. Kannelopoulos ergeht, nicht schädlich. Wir müssen uns aber vergegenwärtigen, daß unsere Einmischung in Griechenland uns nicht in einen Balkankrieg verwickelt.

„New York Herald Tribune“

Anglo-amerikanische Spannungen in Asien

Mr. Bevin hat sich jedoch geweigert, in der Frage der Wirtschaftspolitik in China mit Mr. Acheson übereinzustimmen. Das State Depart-

ment will die Verfügungsgewalt in die Hand bekommen, den Handel Chinas mit dem Westen wirksam abzuschneiden. Die Engländer, mit ihren großen Besitzungen in China wollen nur eine Kontrolle der Kriegsmaterial- und Munitionslieferungen. Diese Meinungsverschiedenheit, die die anglo-amerikanische Politik in Asien sehr stark beeinflusst, entspringt eindeutig der verzweifelten wirtschaftlichen Lage der Engländer. Sie wird erst dann enden, wenn der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch Britanniens beendet ist.

„New York Herald Tribune“

Labour-Regierung vor schwerster Prüfung

Die ernste Mahnung des Schatzkanzlers Sir Stafford Cripps an die britischen Gewerkschaften sich mit dem gegenwärtigen Lohnniveau abzufinden und einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten infolge der Währungsreform zuzustimmen, wird mit aller Sicherheit die Labour-Regierung vor eine ihrer größten Prüfungen stellen, denen sie sich jemals an der innenpolitischen Front gegenüber sah.

„New York Herald Tribune“

Pferdemenges und Adenauer

Der Kölner Bankier Dr. Pferdmenes, mit Adenauer seit mehr als zwanzig Jahren bekannt, der auch heute noch gelegentlich „der reiche Mann Deutschlands“ genannt wird, ist für Adenauer die Autorität in allen Wirtschaftsfragen. Bei Pferdmenes fanden auch einige der interessantesten Koalitionsbesprechungen statt, Pferdmenes, der im April 1947 politisch völlig rehabilitiert (?) wurde, saß in der Weimarer Zeit in zahllosen Aufsichtsräten, vor allem der Schwerindustrie. Er ist auch heute wieder vielfaches Aufsichtsratsmitglied. Pferdmenes, nach seiner Tätigkeit im Zweizonen-Wirtschaftsrat nun wieder „einfaches“ CDU-Mitglied, ist der Repräsentant der finanzkräftigen Kreise, die Adenauers Politik kräftig stützen werden.

„Stuttgarter Zeitung“

600 Delegierte des chinesischen Volkes tagen in Peiping

Die Entwicklung in China in militärischer wie in politischer Hinsicht hat durch die Ereignisse der letzten Woche nicht nur für das chinesische Volk selbst, sondern für die interessierte Welt überhaupt eine wichtige Etappe erreicht. Nachdem die demokratische Volksarmee die Insel Pingtan zwischen dem asiatischen Kontinent und der strategisch wichtigen Insel Formosa besetzt und damit den Seeweg nach Formosa kontrollierte, ist nunmehr die Stadt Amoy von kommunistischen Truppen besetzt worden. Am Frontabschnitt Kanton hat Tschiang Kai-Schek den Rest seiner Truppen ohne Kampf und Widerstand in die Stadt selbst zurückgezogen. Nach Berichten aus Kanton hat sich inzwischen auch die 19 km nordwestlich von Amoy gelegene Stadt Autschau der volksdemokratischen Armee ergeben. Diesen Berichten zufolge wurde die Evakuierung der bereits genannten Insel Pingtan eigenmächtig, ohne Befehl des Oberkommandos der Kuomintang, vollzogen.

Die einzige Provinz der nördlichen Teile Chinas, die bisher noch unter dem Kommando Tschiangs stand, Suiyong, hat sich vom Kuomintang-Regime losgesagt und dem volksdemokratischen China angeschlossen. Der Gouverneur und 37 führende Persönlichkeiten dieser Provinz versicherten in einem

Telegramm an Mao Tse Tung ihren Willen, am Aufbau des neuen demokratischen Chinas mitzuarbeiten.

Auch die letzte Provinz Tschiangs in Nordwestchina, Ningxia, wird nunmehr von kommunistischen Kräften besetzt, nachdem die Befehlshaber von drei Kuomintang-Armeen und das Polizeikorps dieser Provinz den Uebertritt zur volksdemokratischen Armee vollzogen.

Die politische und verwaltungstechnische Organisation des befreiten China schreitet inzwischen rasch fort. In Peiping wurde die erste Plenarsitzung der politischen konsultativen Konferenz des chinesischen Volkes eröffnet, an der mehr als 600 Delegierte der demokratischen Parteien und Organisationen Chinas, der demokratischen Volksarmee, der Provinzen, der verschiedenen Nationalitäten und Vertreter der im Ausland lebenden Chinesen teilnahmen. Die Konferenz befaßte sich mit dem Organisationsstatut der zentralen Volksregierung und beschloß, bis zur Einberufung des allchinesischen Volkskongresses dessen Funktionen provisorisch zu übernehmen. Der Führer der chinesischen Volksrevolution und kommunistischen Partei Chinas, Mao Tse Tung, hielt auf dem Kongreß seine Programmrede über den Aufbau des neuen demokratischen Chinas und über die zukünftige Außenpolitik der kommenden chinesischen Volksregierung. Mao Tse Tung hob die Notwendigkeit der engsten Fühlungnahme mit allen demokratischen Kräften der Welt, vor allem mit der Sowjetunion und der Volksdemokratien, hervor, damit das chinesische Volk im Kampf um die Verteidigung und Sicherung seiner revolutionären Errungenschaften nicht allein stehe.

Während nunmehr eine entscheidende Etappe im politischen Aufbau des demokratischen China erreicht ist, zerfällt das Kuomintang-Regime nicht nur immer mehr in China, sondern die Gegensätze zwischen den führenden imperialistischen Mächten, die bisher den fernen Osten beherrschten, der USA und England, und der Gegensatz zwischen diesen Mächten und der Clique um Tschiang wächst von Tag zu Tag.

In einer Erklärung beschuldigt Tschiang Kai-Schek vor allem die Amerikaner, daß sie China, in einem Zustand kolonialen Charakters halten und sein Volk für immer versklaven wollen. Eine späte Wahrheit, nachdem er selbst alles dazu getan hat, um als Vollstrecker der fremden Imperialisten in China sein Volk zu versklaven.

Nach Pressemedien aus England soll die Regierung Großbritanniens beschlossen haben, die kommunistische Regierung in China sofort nach ihrer Bildung anzuerkennen.

um Euch meine tiefe Bewegung und meine unendliche Dankbarkeit zu sagen. Ich drücke meine lebhafteste Dankbarkeit all unseren Genossen der anderen Völker aus, die dem Doyen ihrer französischen Bruderpartei so innige Bezeugungen ihrer herzlichen Solidarität geben. Um zu überleben, träumen die Privilegierten unserer Tage von einem dritten Weltkonflikt, den sie zynisch vorbereiten, aber die Welt der Arbeit erhebt sich doch, um den Frieden zu retten und die Rettung ihrer Angelegenheiten für sie in die Hand zu nehmen. Sie hat in sich das ruhige Vertrauen, die Klarheit und die Geduld der Starken. Sie weiß, daß ihr die Zukunft gehört. Wir hatten also recht, wir, die wir während eines langen und bewegten Lebens an das Volk, an seine Kraft, an seine Opferfähigkeit und an seine schöpferischen Fähigkeiten glaubten. Jetzt beweist es, daß es seiner Aufgabe gewachsen ist.

Nach Cachin sprachen alle Vertreter der Bruderparteien. Für den Parteivorstand der KPD sprach die Genossin Paula Acker.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren ergriff auf einer Kundgebung der KP Frankreichs die kommunistische Partei Deutschlands das Wort. Schon nach den ersten Sätzen der Genossin Acker, als der Name Max Reimanns fiel, brauste ein Beifallssturm durch den Saal, der nicht enden wollte. Das französische Volk feiert den Streiter für Deutschlands gerechte Sache, den Vorkämpfer der nationalen Befreiung, den konsequenten Verfechter der Sache der deutschen Arbeiterschaft, Vive Reimann, Vivent les communistes allemands! (Es leben die deutschen Kommunisten!) Es gab keine Hand, die sich nicht zum Beifall er-

hoben hatte. Die 5000 Menschen der Versammlung, die Delegierten aller Länder erhoben sich von ihren Sitzen und demonstrierten vor dem Geist des proletarischen Internationalismus.

Als der Genosse Marcel Cachin die Genossin Paula Acker umarmte und küßte, strahlten alle beglückend: Dieser Bruderkuß galt allen deutschen Antifaschisten, er galt allen deutschen Kommunisten, die in Deutschlands dunkelsten Tagen die Fackel der Freiheit hochhielten, er galt den Menschen, die mit dem durch deutsche Faschisten unterjochten Frankreich Marcel Cachin gelitten haben. „Grüße Max Reimann, grüße alle deutschen Genossen und sage ihnen, sie sind nicht allein“, rief Marcel Cachin aus. Und wieder brauste der Beifall durch das Geburtstagshaus. Alle Sprecher ludigten in Paris dem hohen Ideal der Brüderlichkeit, dem Geburtstagskind Marcel Cachin, dem Fest der Völkerfamilien.

Die Geburtstagsfeier von Marcel Cachin, dem großen Sohn der internationalen Arbeiterklasse hat mächtig und klangvoll die gewaltige Kraft der kommunistischen Parteien aller Länder demonstriert. Sie hat uns deutschen Kommunisten durch die Worte des Genossen Cachin gezeigt, daß wir in unserem schweren Kampf nicht allein sind, sie hat uns ermöglicht, die brüderlichen Grüße Maurice Thorez', Jacques Duclos, Andres Marty's entgegenzunehmen, und sie hat uns nicht zuletzt gezeigt von wech hohem politischen Bewußtsein, frei von allem Chauvinismus, die französische Arbeiterschaft getragen ist. Es wird an uns sein, uns dieses Vertrauens nun würdig zu erweisen.“

Verantwortlich für den Inhalt: A. Langendorf, Mannheim, S. 2, 10. Tel. 49290. — Vertrieb und Anzeigenabteilung: Nordbadische Druck- und Zeitungsverlags-G. m. B. H., Mannheim, S. 2, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg Baden. — Druck: Mannheim-Gröden, Mannheim, R. 1, 4-6. — Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 2, 10.

Peinliche Situation

„Wenn man im Glashauss sitzt, dann soll man nicht mit Steinen werfen“, das ist eine uralte Volksweisheit — und wenn man es dennoch tut, dann gereicht es einem zum Schanden.

Dies mußte vor wenigen Tagen die „unabhängig — überparteilich — sozialdemokratische AZ“ erfahren. Ihr Leitartikel hatte zwar nicht mit Steinen geworfen, dafür aber mit Felsen um sich geschleudert und der Scherben, die zurückfielen, waren deshalb umso mehr und ihre Wirkung verheerend.

Was war geschehen? Der Leitartikel hatte all die Verbrechen des „üblichen Typs“, die Gewaltverbrecher, Straßenräuber, Gangster und Plünderer, die üblicherweise die erste „unabhängige“ Seite der „AZ“ in Schlagzeilen zieren, soweit die „unabhängig — objektive“ Berichterstattung über den Osten dazu Raum läßt, in seinem Leitartikel revuespazieren lassen. Nicht um sie zu richten, sie waren nur rhetorische Beiwerk. Die Verbrechen, denen es diesmal galt, das waren diejenigen, die die Abwertung der D-Mark anstreben. Und mit der Genauigkeit, die einmal der „AZ“ in der Analyse und Beleuchtung der „Verbrecher aller Typs“ eigen ist, waren sie alle ihrer Art nach aufgezählt (die in Deutschland wohl bemerkt).

Zum Unglück waren die „Kollegen Wirtschaftsredakteure der Lizenzzeitungen“ nicht vergessen und das wurde zum Verhängnis. Rache ist süß, dachte einer derselben und veröffentlichte prompt das „Verbrecheralbum“. Da war's geschehen: Sozialdemokratische Politiker enthielten sich als „Verbrecher des besonderen Typs“, sie waren für die Abwertung der D-Mark eingetreten. Peinlich, peinlich — in dieser Situation mag helfen, was helfen mag und der rettende Gedanke kam: Die „AZ“ ist „unabhängig“ und diese „Unabhängigkeit“ war nun gar noch erwiesen, allerdings war das Beweismaterial etwas reichlich grob, die Unabhängigkeit im Interesse des schaffenden Volkes gegen die Politik der sozialdemokratischen Führung. So wars zu lesen in der folgenden Nummer.

Ja, das war ne schlaue Methode: die Führer der SPD machen eine den Interessen der Werktätigen zuwiderlaufende Politik und die Presse der SPD macht unter dem Signum der Unabhängigkeit radikale Propaganda. Aber allzuviel der Schlaue ist nicht gut! Wir glauben nicht, daß Dr. Schumacher bereit ist, sich als Verbrecher bezeichnen zu lassen, nur um die Unabhängigkeit der „AZ“ unter Beweis zu stellen.

Nein, liebe Freunde, so gehts nicht! Dem Angriff der Reaktion auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse kann nur erfolgreich begegnet werden, wenn nicht nur die „AZ“ radikale Artikel gegen die Verbrecher am schaffenden Volke schreibt — sondern wenn die SPD gewillt ist, die gemeinsame Abwehrfront der Schaffenden gegen diesen Angriff zu organisieren.

Dann kann auch die AZ radikale Artikel schreiben, ohne in solch peinliche Situation zu geraten.

Technische Hochschule Karlsruhe für Einheit und gerechten Frieden

(E. B.) Rektor und Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe sandten an die Kammer der Technik von Sachsen-Anhalt ein Telegramm, in dem der Wunsch aller wissenschaftlich arbeitenden Menschen in Deutschland nach einem dauerhaften Frieden und nationaler Einheit zum Ausdruck gebracht wird. „Unser Bestreben ist es“, heißt es in dem Telegramm der Technischen Hochschule Karlsruhe, „daß die Technik nie wieder zu kriegerischen Zwecken mißbraucht wird und daß die deutschen Hochschulen zu einer Selbstständigkeit gelangen, die es ihnen erlaubt, Forschung in eigener Verantwortung zum Wohle des deutschen Volkes zu betreiben.“ Mit diesem Telegramm antwortete die TH Karlsruhe auf eine ihr anlässlich des Friedenstag am 14. September übermittelten Grußadresse.

Tannhäuser mit magischem Kreuz

„Wo fährst Du hin mich? Red', ich geh nicht weiter.“ (Shakespeare, Hamlet)

Um das Hamletwort, welches scheinbar in keiner Beziehung zur Tannhäuser-Premiere vergangenen Sonntag im Nationaltheater steht, unserem Leserkreis näher verständlich zu machen, sei erklärt, daß es sich an die Adresse selbigen Theaters richtet.

Der Lärm um den einst so sehr umstrittenen, persönlich ebenso explosiven, wie musikalisch eruptiven Bayreuther Meister ist schon längst verstummt. Dieser unruhige Kopf, zusammen mit Michael Bakunin 1848 am Aufstand in Dresden maßgeblich beteiligt, in die Schweiz emigrierend, wo er in der langjährigen Freundschaft mit Nietzsche die fruchtbarste Periode seines Schaffens erlebte, schuf eine neue musikalische Ausdrucksform für die Bühne, das Musik-Drama. Höchste Kraft und eigenes Sichvollenden erreichte er in der sogenannten Tetralogie im „Ring des Nibelungen“, machtvoll lösend, Flamme und Tuba zugleich. Geister von europäischem Rang lehnten ihn kühl ab, andere wieder hoben ihn in den Himmel. Nietzsche wandte sich von ihm, genannter Tetralogie, im „Ring der Nibelungen“ äußerte sich brieflich über ihn: „Das ist geschriebene, erdachte Musik.“ Sich selbst verzehrend warf Wagner sich in seinem späteren Schaffen in die Arme eines übersteigerten, transzendentalen Mystizismus, der seinen Niederschlag fand im Parsifal wie im Tannhäuser.

Nichts aber lag dem Meister des Polyphonen ferner, als eine Hinneigung zum Glauben im Sinne irgendeiner Konfession, etwa zu dem der römischen Observanz. Deshalb mußte die sehr deutlich nach dieser Richtung tendierende, mit einer büßfertigen Karfreitagsstimmung und betonter Professionsförmlichkeit ausgestattete, von einem unerträglich Wehrsucht durchsetzte Inszenierung Hamlet Bocheis verstimmen. Das reichte vom Zuschauer in der Halle der Wartburg angebrachte magisch in der Nachtstimmung des dritten Aufzuges

Wird der Stadtrat langsam ausgeschaltet?

Ferngasversorgung und Notstandsarbeiten im Verwaltungsausschuß

Als einen schweren Eingriff in das kommunale Selbstverwaltungsrecht bezeichnete der Oberbürgermeister das eigenmächtige Vorgehen des württembergisch-badischen Wirtschaftsministers in der Frage der Ferngasversorgung in der Montagsitzung des Verwaltungsausschusses der Stadt Mannheim. Wir haben in der Nummer 36 unseres Blattes bereits eingehend dazu Stellung genommen.

Bei den Ausführungen des Sachreferenten über die Frage der Ferngasversorgung war das bemerkenswerteste dessen Feststellung, daß eine gewisse Clique im Wirtschaftsministerium die Blicke der monopolistischen Ruhrgas A.-G. weitgehend unterstütze. Der vom Wirtschaftsminister selbstherrlich getätigte Vertragsabschluss mit der Ruhrgas A.-G. behandelte die ganze Angelegenheit so, als sei das Wirtschaftsministerium Eigentümer der Mannheimer Gaswerke und übertrug der Ruhrgas A.-G. alle daraus resultierenden Rechte. Den Protest Mannheims beantwortete der Minister darhingehend, die Aufgabe der Interessen Mannheims bedeute „Dekartellisierung“. Die eklatante Ungesetzlichkeit dieses Vertrages, die einen Verfassungsbruch darstellt, veranlaßte nun den Minister zu einem Rückzieher: Mannheim wurde ein Zusatzvertrag

angeboten, der nach Ansicht des Oberbürgermeisters praktisch eine Neuformulierung der Rechte unserer Gemeinde darstellt und ihre Interessen wahrnimmt.

Es kam dabei zu scharfsinnigen juristischen Darlegungen zwischen den Vertretern der Verwaltungsbürokratie über die zu treffenden Maßnahmen, bis Genosse Stadtrat Weber daran erinnerte, daß dies eine Ausschuß-Sitzung und kein juristisches Präzedenzfall sei. Stadtrat Weber führte weiter aus, daß er der Stadtverwaltung nicht den Vorwurf ersparen könne, daß sie ebenso selbstherrlich dem Stadtrat gegenüber gehandelt habe, wie der Wirtschaftsminister gegenüber den elementarsten Rechten unserer Gemeinde. Er stellte fest, daß der Stadtrat übergangen worden sei. Der Stadtrat sei erst von dem Abschluß des Vertrages unterrichtet worden, als wir uns bereits im Stadium der Verteidigung befunden hätten und nun befänden wir uns in einem juristischen Gestrüpp. Der Redner verlangte, daß der Stadtrat über die zu beschließenden Maßnahmen gegenüber den Übergriffen der Staatsbehörde gehört werden müsse und sprach sich für die unbedingte Wahrung der Interessen unserer Stadt aus, und sei es auch durch Anrufung des zuständigen Gerichtshofes. Der Ausschuß beschloß, im Gegensatz

zu der kommunistischen Auffassung, aus eigener Kompetenz den Oberbürgermeister zu bevollmächtigen, den vorgeschlagenen Zusatzvertrag zu akzeptieren.

Zur Frage des Südweststaates lag eine platonische Entscheidung vor. Genosse Stadtrat Weber bestritt, daß der Verwaltungsausschuß berechtigt sei, eine solche Entscheidung anzunehmen, zumal der eigentliche Inhalt dieses verschwommenen Projektes noch nicht ganz bestimmt sei. Er verlangte hierzu eine bedeutsame Erklärung des Stadtrates entsprechend einem kommunistischen Antrag auf Satzungsänderung. Mit kommunistischer Stimmenthaltung wurde diese Entscheidung angenommen.

Die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des Faschismus am Lechleiterplatz wurde einstimmig gutgeheißen. Zur Durchführung einer Verordnung des Arbeitsministeriums wurden im Sinne der Arbeitslosenfürsorge Notstandsarbeiten (Trümmerbeseitigung u. a.) in verschiedenen Stadtteilen, darunter auch endlich die Entwässerung der Schönauiedlung beschlossen. Die hierfür notwendigen Gelder in Höhe von 360 000 DM werden vom Landesarbeitsamt bzw. vom Lande Württemberg-Baden teils als Zuschuß, teils als Darlehen ausgeworfen.

Stadt gegen Staat - Schule gegen Universität

Kritische Betrachtung einer Heidelberger Stadtratssitzung

Die letzte öffentliche Stadtratssitzung wäre bald beendet gewesen, hätte nicht gleich zu Beginn der kommunistische Stadtrat Böning Antrag auf öffentliche Behandlung weiterer Punkte der Tagesordnung gestellt. Oberbürgermeister Dr. Swart glaubte aber mit der Zulassung von nur zwei Punkten aus dem nichtöffentlichen Teil den demokratischen Durst der Öffentlichkeit gestillt zu haben, und tat die beantragten übrigen Punkte — u. a. auch den Orchesterstreit anlässlich der Eröffnung der neuen Sendestelle — als „von keinem öffentlichen Interesse“ ab. Gerade diese Angelegenheit interessierte aber die Öffentlichkeit, wollte man doch gern einmal selbst hören, was die Stadtväter dazu zu sagen haben.

In Heidelberg scheint eine merkwürdige parlamentarische Praxis geübt zu werden. Von anderen Stadt- und Gemeinderatssitzungen sind wir es gewohnt, daß über gestellte Anträge — in diesem Fall der erwähnte Antrag Bönings — abgestimmt wird. Hier aber entschied der OB kurzzerhand, welche Punkte in den öffentlichen Teil genommen werden und welche nicht. Dabei waren seine Ablehnungsgründe mehr als fragwürdig. Wahrahaft demokratische Gesichtspunkte waren jedenfalls nicht Leitmotiv.

Bei der Behandlung der geplanten Errichtung eines Bettenhauses für die Frauenklinik wurde eine starke Verschöpfung der Heidelberger Stadtverwaltung über das selbstherrliche Vorgehen der Landesregierung offenbart. Im alten Klinikenviertel sollen, so legt ein seit 1934 bestehender Vertrag mit dem Staat fest, keine Neubauten mehr errichtet werden. Nun soll ein Bettenhaus an die alte Frauenklinik angebaut werden, zudem, ohne die Stadt zu befragen, die Arbeiten bereits vergeben sein sollen. Die Stadt befürchtet, daß dadurch die Pläne eines, seit Jahrzehnten erforderlichen Neubaus einer Frauenklinik auf dem gegenüberliegenden Neckarufer aufgegeben oder zumindest verzögert werden. Darum wollte man einen geharnischten Protest an die Landesregierung losschicken, weil man in diesem Vorgehen des Staates, ohne die Stadt vorher zu verständigen und zu befragen, einen Vertragsbruch erblickte. Die Debatte darüber brachte es jedoch zuwege, daß aus dem geharnischten Protest ein gemäßigtes Schreiben wurde, „Besser eine Notlösung, als gar keine Lösung“ — war der Grund zu dieser Temperamentswandlung.

Ständen sich im ersten Punkt Stadt und Staat gegenüber, so waren es im zweiten Punkt Schule und Universität die sich ge-

genseitig fast eine Stunde lang duellierten. Lehrer und Professor — als CDU- und DVP-Stadträte gegenüberstehend — benötigten eine unangenehm lange Zeit, um einen einfachen Tatbestand plausibel zu machen. Das Collegium academicum soll drei Räume hergeben, damit das Realgymnasium, dessen Gebäude von den Amerikanern beschlagnahmt ist, dringend erforderliche Schulräume und Direktionszimmer erhält. Dafür will die Stadt 6000 DM zum Ausbau von 9 bis 10 Einzelzimmern für das C. a. zur Verfügung stellen. Beide Teile befürchteten, zu viele Opfer zu bringen und das nötige Äquivalent nicht dafür zu erhalten. Obwohl der Tausch von drei gegen neun Räume für die Universität kein schlechter wäre, konnte diese Frage vom Stadtrat zu keinem Abschluß gebracht werden. Nun muß erst eine neue Verhandlung die erstarrten Fronten wieder in Bewegung bringen. Bis zu dieser Klärung werden die Schulkinder weiter in Räumen zusammengepfercht bleiben, von denen der Verfechter der Schule sagte, daß die Gesundheitsbehörde nach einer Besichtigung dieser Räume eine weitere Fortsetzung des Unterrichts untersagen müsse. Schon 1890 sei das Gebäude in der Ketten-gasse als „für Unterrichtszwecke ungeeignet“ bezeichnet worden.

Macht der Offenbacher Fall Schule?

In Heidelberg sind wir soweit

Der skandalöse Vorgang im Offenbacher Magistrat — ein Arzt war als Leiter der dortigen Frauenklinik wegen seiner jüdischen Abstammung abgelehnt worden — hat in Heidelberg seine Nachahmung gefunden.

Verschiedene Rektorenstellen Heidelberger Volksschulen und die Stelle des Stadtschulrates sollen neu besetzt werden. Von denen, die sich darum bewerben, bezeichnete sich einer bei der Frage nach dem Glaubensbekenntnis als freireligiös. Der Schulausschuß, der unter den Bewerbern die engere Wahl treffen sollte, hatte ihn von der Bewerberliste gestrichen, was Anlaß einer nochmaligen Debatte im Stadtrat wurde.

Die fachliche Eignung und Tüchtigkeit dieses Freireligiösen konnte nicht bestritten werden. Dennoch bestätigte der Stadtrat in seiner Mehrheit den Vorschlag des Schulausschusses. In der Begründung stützte man sich auf eine Verfassungsbestimmung, wonach die Lehrersamensetzung möglichst der konfessionellen Gliederung der betreffenden Gemeinde entsprechen soll. Die Verfassung besagt aber auch, daß niemand wegen seines Bekenntnisses benachteiligt werden darf. Man glaubte aber, die erwähnte Bestimmung in diesem Falle stär-

ker berücksichtigen zu müssen und stellte ihn deshalb nicht zur Wahl.

Die kommunistische Fraktion hatte beantragt, den Beschluß des Schulausschusses aufzuheben. Die Verfassungsbestimmung, auf die sich der Schulausschuß berief, zielt hauptsächlich auf die Tätigkeit als Lehrer ab. Ein Rektor ist aber kein Lehrer im engeren Sinn — bei ihm überwiegt die Verwaltungstätigkeit.

Unter Zuhilfenahme eines mehr als merkwürdigen Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag der KPD zum Scheitern gebracht. Zuerst ließ man abstimmen wer gegen den Antrag ist, dann, wer dafür und schließlich, auf Intervention der KPD, wer sich der Stimme enthielt. Mit dieser Abstimmungsmethode wurde die Ablehnung des Antrages zustande gebracht. Die KPD-Fraktion gab die Anzweiflung dieser Abstimmung zu Protokoll.

Die Feststellung des kommunistischen Sprechers, daß man hier im Prinzip eine gewisse Parallele zum Offenbacher Fall geschaffen habe, war den meisten nicht angenehm und es ist allzu verständlich, daß man sie händeringend und beschwörend von sich wies.

Sandrock-Manier agierend, angenehm auf Einen beachtlichen Michael Gelsinger zeichnete Paul Ehmann. Am Pult leitete Werner Eckhardt tapfer ein jetzt besser besetztes Orchester. Es gab da capo's und herzlichen Schlußapplaus.

Querschnitt des Films

Es ist immerhin bezeichnend, daß hier ein englischer Film als Novum in dieser Woche auftauchte, den der Schreiber dieser Zeilen bereits im Herbst 1947 in Leningrad sah. Es handelt sich um den Alexander-Korda-Film „Lord Nelsons letzte Liebe“ mit Laurence Olivier als Titelheld.

Es gibt eine ganze Literatur um Lady Hamilton — denn um diese handelt es sich, die als Gattin des englischen Gesandten am Hof des „Königs von Neapel“ ihre Kabinen spann und, wenn man der Fama glauben darf, des englischen Seehelden, außer Lord Wellington Napoleons größter Widersacher, Herz umgarnte. Im hoffischen Neapel und eine kurze Episode auch im frostigen London spielt sich die Geschichte dieses Streifens ab mit einem dramatischen Intermezzo auf hoher See, der Schlacht von Trafalgar. Nelson stirbt als Held auf seinem Flaggschiff und die letzten Worte gelten der Geliebten. Laurence Oliviers Charakterisierungskunst machen seinen Nelson zum Genuß und man darf auf seinen Hamlet-Film gespannt sein.

Im Capitol sah man den amüsantesten Reifer seit langem in dem I-Arthur-Rank-Film „Schlafwagen nach Triest“. Geradezu klassische Typen aus einem internationalen Exposé, mit einem feinen Humor skizziert und als Nebenbei zwei kleine Morde, die mit größter Selbstverständlichkeit fast gentlemanlike, getätigt werden. Der Schlußpunkt, wo der unendlich scharfsinnige Kriminalist die Freundin des Mörders zu einem Glase Wein einlädt, ist ein wirklicher, nur etwas frivoler Gag.

Am Freitag, 30. Sept., kommen zum Einsatz: Im Alster „Große Leidenschaft“, ein I-Arthur-Rank-Film, im Palast „Vision am See“, und im Capitol der Schorch-Film „Ein Herz schlägt nur für Dich“.

Frantz Mohr.

Aus dem Gerichtssaal

Heimliche Aufforderung

Es ist uns bekannt, daß die Sachbearbeiter des Wohnungsamtes ihre schwere Pflicht gewissenhaft und objektiv ausüben gegenüber der durch die Mannheimer Wohnungskatastrophe schwer geprüften und manchmal bis zur Weißglut gereizten Bevölkerung. Leider gibt es aber zuweilen unter den Angestellten Elemente, welche diese Behörde durch ihr Tun in der Öffentlichkeit diskreditieren, wie jener Ehrenmann, der vergangenen Freitag die Anklagebank des hiesigen Schöffengerichts zierte. Es muß ferner noch hervorgehoben werden, daß der Angeklagte durch seine vorgesezte Dienststelle zur Anzeige gebracht worden war.

Es waren gewiß Lappalien, die der Sünder in seiner Eigenschaft als Angestellter des Wohnungsamtes von einem wohnungssuchenden Ehepaar 1947 angenommen hatte. Ein paar Fleisch- und Fettmarken, belegte Brote und Zigaretten. Was schwerer wiegt, ist die Tatsache, daß er die Ehefrau unter vier Augen sogar dazu ermunterte mit den Worten: „Helfen Sie mir, dann helfe ich Ihnen auch.“ Diese Frau, eine Arbeiterfrau, gab gewiß nicht aus dem Überfluß, sondern lediglich der Not gehorchend, da eine Räumungsklage sie samt Familie 14 Wochen buchstäblich auf die Straße gesetzt hatte. Ihre Aussage, vor dem Gericht als die peinlichste geprüft und später beidseitig, belasteten den Angeklagten schwer und bildeten die Hauptstütze der Anschuldigungen.

Die mit schneidender Schärfe vorgetragenen Ausführungen des Staatsanwalts, der sich mit der öffentlichen Korruption in jenen Jahren im allgemeinen auseinandersetzt, gipfelten in der Feststellung, daß damals jeder anständige Mensch, der sich von seiner Arbeit ernähren mußte, nichts, aber auch gar nichts erhalten konnte, falls er nicht in der Lage war, zu schmiern.

Das Schöffengericht kam nach mehrstündiger Verhandlung zu dem bedauerlichen Urteil von 80,— DM Geldstrafe und den Kosten des Verfahrens. Im Interesse der breiten Öffentlichkeit wird in diesem Falle eine exemplarische Gefängnisstrafe am Platze gewesen. Es interessiert am Rande noch, daß der ebenso bekannte wie berühmte Hausbesitzer H., als Zeuge vernommen, bei falschen Aussagen, die er in der Verhandlung gemacht hatte, sich anständig verhielt, der sich von seiner Arbeit ernähren mußte, nichts, aber auch gar nichts erhalten konnte, falls er nicht in der Lage war, zu schmiern.

Ein Schädel

„Ich fühle mich schuldig, hohes Gericht“, betonte der biedere Josef am Neckarau, seines Zeichens Milchhändler, im Brustton der Überzeugung vor der Großen Stadtkammer am Montag. Ganz versehtlich hatte seine Frau an einem Sonntagmorgen 1948 Schwenkwasser, mit welchem sie die leeren Kannen zu reinigen pflegte, mit ca. 4 Liter Magermilch zusammengekippt und besagte Kanne in den Kühlraum gestellt. Sie vergaß ihren Gemahl davon zu unterrichten, einem kosmischen Zwang gehorchend, und verkaufsbereit stand die Kanne mit der also gewässerten Milch Dienstag darauf im Laden. Das Unglück wollte es jedoch, daß am nämlichen Tage die amtlich bestellte Kontrolle kam, und der Untersuchungsbefund ergab, daß die bewußte Magermilch 40% Wasserbestandteil enthielt. In der Milch im Ausgabebottich entdeckte die Untersuchungsbehörde außerdem 15 Prozent Wasser. Daraufhin verurteilte das hiesige Amtsgericht den ehrlichen Josef am 11. Juli 1949 zu 300 DM Geldstrafe.

Gegen diesen milden Spruch hatte nun der Angeklagte vor dem Kadi Berufung eingelegt. Ein Unschuldslämmlein konnte nicht ersonnen werden, der schon wiederholt wegen desselben Deliktes straffällig gewordene Milchpantocher. Die Beweisaufnahme ergab genau dasselbe Bild der schabigen Handlungsweise ohne jede Milderung und Jcsels Beteuerungen, die den Stempel der Lüge trugen, fanden bei dem Vorsitzenden, der dem Anschein nach durchaus fachmännische Vorkenntnisse besaß, keinen Glauben. Die Berufung wurde verworfen, das Urteil des Erstrichters bestätigt, hinzu kamen noch die Kosten der erneuten Gerichtsbehandlung.

Rund um die Zellerstraße

In der Zellerstraße in Mannheim werden demnächst drei Wohnhäuser der Gemeinnützigen Baugesellschaft mit insgesamt 60 Wohnungen fertiggestellt. 20 Wohnungen sollen Anfang Oktober und die übrigen später bezogen werden. Die Mieten sind gegenüber dem, was in der Speyerer Straße gefordert wurde, erträglich. Aber immerhin ist der Betrag von 66 DM für eine Wohnung mit drei, nicht allzu großen Zimmern und einer kleinen Küche noch horrent. Für zwei Zimmer beträgt die Miete durchschnittlich 46 DM, für ein Zimmer mit Küche 32 DM. Wer passende Möbel hat, oder wer in der Lage ist, sich neue Möbel zu kaufen, der kann sich in diesen Wohnungen trotz beschränktem Raum bestimmt sehr gemütlich einrichten.

Ein Tropfen auf den heißen Stein

Die Gemeinnützige Baugesellschaft rechnet damit, daß Anfang Dezember die ersten Wohnungen im Ludwig-Frank-Block bezogen werden können, während mit der Fertigstellung der Wohnbauten in den J-Quadraten erst im kommenden Jahr gerechnet werden kann. Alles in allem dürften an die hundert Wohnungen in diesem Jahr noch zur Linderung der Wohnungsnot zur Verfügung stehen, gegenüber 784 Familien mit 26 587 Personen, die Ende Juni dieses Jahres beim Wohnungsamt als Wohnungssuchende registriert waren. Es sind dies alles schwere Fälle, Bunker- und Kellerbewohner oder solche, die in Ruinen hausen, dann Familien, die auf engem Raum in Untermiete zusammengequetscht sind.

Die Wohnungsnot wird größer

Es gibt in Mannheim auch eine private Bautätigkeit. Im zweiten Quartal wurden 370 Wohnungen mit 949 Räumen durch Neubau, Umbau, Wiederherstellung usw. erstellt, meistens durch privates Bauen. Man sollte also annehmen, daß der Wohnungsnot, wenn auch langsam, doch allmählich gesteuert wird. Aber diese Annahme ist irrig. Die Wohnungsnot wird größer. Am Schlusse des zweiten Quartals gab es in Mannheim insgesamt 248 wohnungssuchende Personen mehr, als im ersten Quartal.

Keine Erleichterung durch privaten Wohnungsbau

Woraus ist die Steigerung der Wohnungsnot trotz Bautätigkeit zurückzuführen? Die Ursachen dürften verschiedene sein. Ehen werden geschlossen und Kinder geboren, der Zuzug nach Mannheim hat nie aufgehört trotz des Verbotes, einsturzfähige Ruinen müssen geräumt werden usw. Und dann: Der private Wohnungsbau bringt sehr oft keine Erleichterung, sondern im Gegenteil, eine Verschärfung der Wohnungsnot, sagt uns der Leiter des hiesigen Wohnungsamtes. Ein Beispiel: Eine Ruine mit 5 Stockwerken und zehn Wohnungen wird wieder aufgebaut. Damit gebaut werden kann, muß das Wohnungsamt vier Familien, die in der Ruine notdürftig wohnen, herausnehmen. In das fertiggestellte Wohnhaus kommen diese vier Familien meist nicht mehr unter, weil der Hausbesitzer nur kapitalkräftige Leute, die einen Zuschuß gegeben haben,

hineinnimmt. Das sind denn entweder Leute, die von auswärts zuziehen oder solche, die irgendwo als Untermieter gewohnt haben und dort ein oder zwei Räume frei machen, die dann ihrerseits vom Hauptmieter beansprucht werden. So kommt es, daß trotz verhältnismäßig umfangreicher privater Bautätigkeit die allerdingendsten Wohnungsnot durch diese nicht gelindert wird. Die Praxis zeigt, daß die KPD recht hatte, wenn sie im Landtag verlangte, daß der 75-Millionen-Kredit in erster Linie für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden muß.

Wer Geld hat, der hat Chancen

Nicht nur privat, sondern sogar auch beim sozialen Wohnungsbau. Die Baukosten für die drei Häuser in der Zellerstraße betragen rund 600 000 DM. 200 000 DM, also ein Drittel, gibt die Wohnkasse der Stadt Mannheim, die restlichen 400 000 DM stammen aus staatlichen und sonstigen Mitteln. Zwanzig Familien werden zunächst einziehen. Zwei Drittel davon sind Bausparer. Also ein Drittel zu zwei Drittel. Wir glauben nicht, daß das beabsichtigt war, als die Bausparkasse vom Mannheimer Stadtrat ins Leben gerufen wurde. Denn sparen kann ja nur der, der viel verdient, und das sind die allerwenigsten.

Wer viel Geld hat...

der kann sogar am Sparen verdienen. Aber leider sind nicht alle Menschen in der glücklichen Lage wie ein gewisser Herr Ungenannt. Dieser Herr schreibt sinngemäß folgendes: „Ich habe mich verpflichtet, 100 DM von meinem Gehalt monatlich bei der Baukasse einzuzahlen. Bei der Abrechnung muß ich zu meiner freudigen Überraschung feststellen, daß der Abzug von meinem Gehalt nur 34 DM beträgt, weil sich durch das Bausparen mein Steuerabzug um 66 DM ermäßigt hat. Nach drei Jahren hat dieser Herr Ungenannt also 3600 DM auf der Bausparkasse stehen, wozu noch die Zinsen kommen, obwohl er nur etwa 1200 DM einbezahlt hat. Vielleicht erhält er, falls er es notwendig hat, auch noch das eine Wohnung durch den sozialen Wohnungsbau.“

Radikale Wendung notwendig

Und das Faszi. Wer von seiner Hände Arbeit leben muß, wer nicht zu den Besitzenden und Großverdienern gehört, dessen Aussicht, je aus der Keller- oder Bunkerwohnung oder aus der fürchterlichen Enge des täglichen Daseins herauszukommen, ist mehr als gering, wenn nicht endlich eine radikale Wendung im Wohnungsbau durchgeführt wird. Die KPD hat durch ihren Antrag im Bundestag den Weg gezeigt: Verwendung von 40 Prozent der Bebauungskosten für den Wohnungsbau, Erhebung einer Sonderabgabe auf die großen Verträge, Verwendung von 5 Prozent der Gesamteinnahmen des Bundes u. a. Wird die Mehrheit des Bundestages den Anträgen der KPD zustimmen? Wird diese Mehrheit wirklich etwas tun für einen großzügigen sozialen Wohnungsbau? Versprochen haben es alle Parteien, bei der Wahl. Was sie vom Versprochenen halten, das wird sich bald zeigen.

„Soziale Wohnraumwirtschaft...“

Von Fritz Salm

Vor Jahren schon wurde der Angriff auf die Mietpreise eingeleitet und steigerte sich im Laufe der Entwicklung mit einer Flut von Artikeln in den Wirtschaftsorganen und mit Reden der Vertreter des Besitzbürgertums und der Aktivität seiner wirtschaftlichen Interessensorganisationen. Nicht nur um den Mietpreis ging es hierbei, sondern auch um die „persönliche Freiheit“ der Hausbesitzer durch die Abschaffung der ihnen so lästigen Erlassung des Wohnraumes durch die behördlichen Institutionen oder gar aus der Not der Zeit spontan entstandenen Wohnungs-Ausschüssen, wie etwa in Mannheim. Die „persönliche Freiheit“ der Besitzenden, die Freiheit der brutalen Ausnutzung der sozialen Notlage des schaffenden Volkes ist im Westen Deutschlands im weitesten Maße wiederhergestellt. Und warum sollte dabei das Problem der Verteilung des Wohnraums nach anderen Gesichtspunkten gehandhabt werden?

Der „sozialen Marktwirtschaft“ muß die „soziale Wohnraumbewirtschaftung“ parallel laufen, schrieb vor wenigen Tagen eine Zeitung, und was die Herren unter sozial verstehen, ist sehr einfach: Das Geldsack-Interesse der sozialen Klasse, die sie vertreten. Mögen die Armen weiterhin in Kellerlöchern und Bunkern hausen, möge die Statistik nachweisen daß die Tuberkulose gerade bei den Kindern der in menschenunwürdigen und unhygienischen Behausungen Wohnenden am weitesten verbreitet ist — was schert sie das, was kümmert sie das Elend der Habenichtse, was die bleichen Gesichter der „Bunkerkinde“. In Westdeutschland gilt wieder das Privatinteresse des Besitzenden, das haben sie im Allgemeinen erreicht, und so soll es auch bei der Verteilung des Wohnraums wieder sein. Die menschenwürdige Wohnung dem, der sie bezahlen kann, die anderen sollen zusehen, wo sie eine Möglichkeit des Vegetierens finden. So fordern es seit langem schon die Haus- und Grundbesitzerorganisationen, so sehen die bürgerlichen Wirtschaftszeitungen die Möglichkeit der Lösung des Wohnungsproblems in Westdeutschland, und so will es die neugebildete Regierung des Bürgerblocks.

Dr. Konrad Adenauer hat in seiner Regierungserklärung versprochen, daß die Regierung den „Wohnungsbau energisch fördern werde“, aber er sprach nicht davon, daß die Regierung gewillt ist, die Mittel für ein großzügiges Wohnraumbeschaffungsprogramm zur Verfügung zu stellen. Sein Programm ist sehr einfach: Lockerung der Wohnraumbewirtschaftung und Mieterhöhung, um das Privatkapital für den Bau von Wohnungen zu interessieren.

Die Bürgerblockregierung hat sich mit der Regierungserklärung Dr. Konrad Adenauers bereit erklärt, in der so dringlichen Wohnungsfrage die Interessen der Besitzenden gegen die große Masse des Volkes zu vertreten, genau so wie in allen übrigen sozialen Fragen. Der Kanzler der westdeutschen Regierung sprach von der Fortsetzung der „sozialen Marktwirtschaft“ Dr. Erhards, des selben Dr. Erhard, der bereits schon vor Monaten den Angriff auf den Mietpreis steigerte mit der Lüge, daß statistische Erhebungen eine Belastung des Arbeiterhaushalts mit 7 Prozent für Mietzwecke ergäben. Dr. Adenauer verkündete als „Leitstern der gesamten Arbeit die soziale Gerechtigkeit“. Ihre „soziale Gerechtigkeit“ hat nur eine Zielsetzung: Den Besitzenden noch mehr — auf Kosten der Habenichtse.

Die Erhöhung der Mieten wird wohl eine der ersten Maßnahmen der reaktionären Adenauer-Regierung sein gegen die ohnehin schon geschrumpfte Lebenshaltung des schaffenden Volkes. Und deshalb ist es Aufgabe der Arbeiterklasse, den gemeinsamen Widerstand gegen die weitere Schmälerung ihres Realinkommens vorzubereiten. Die Kommunistische Partei hat durch ihren Antrag im Bundesparlament den Weg gezeigt, um das Wohnraumproblem in Westdeutschland zu lösen, durch die Aufbringung der Mittel für ein großzügiges Wohnungsbauprogramm ohne weitere steuerliche Belastung des schaffenden Volkes und damit für einen wirklichen sozialen Wohnungsbau: Durch Verwendung von 40 Prozent der Besatzungskosten, durch Erhebung einer Sonderabgabe auf Barvermögen über 50.000 DM und Sachvermögen über 100.000 DM und durch Bereitstellung von 5 Prozent der Gesamteinnahmen des Bundes.

Die Zusammensetzung des Bundestages gibt dem Besitzbürgertum Westdeutschlands die Garantie, daß dieser Antrag durch eine parlamentarische Abstimmung nicht zum Gesetz wird. Deshalb gilt es, den außerparlamentarischen Kampf in gemeinsamer Front um die Verwirklichung dieser Forderungen zu organisieren.

Meine Meinung

Warum nicht gleiches Recht für alle?

Die württembergisch-badische Verfügung, wonach ab 1. September 1949 alle Frauen von Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes, deren Männer noch in Kriegsgefangenschaft sind, eine Unterhaltshilfe in Höhe der Hälfte des früheren Gehaltes ihres Mannes ausbezahlt bekommen, hat bei allen Frauen, deren Männer nicht unter diese Kategorie fallen, verständlicherweise Verärgerung und das Gefühl, offensichtlich benachteiligt zu sein, ausgelöst.

So sehr man denjenigen, die nun in den Genuß der Verbesserung kommen, von ganzem Herzen wünscht, so sehr muß man für alle Arbeiterfrauen und sonstige nicht Staatsbegnadete, deren Ernährer auch noch nicht zu Hause ist, das gleiche Recht fordern, will man nicht unter den Betroffenen die Meinung aufkommen lassen, daß sie weniger Rechte haben als die Frauen der Staatsbeamten. Warum also solche Unterschiede?

Warum erhöht man nicht gleichzeitig mit der Verkündung dieser Staatsverfügung auch alle übrigen Unterhaltshilfen? Es zeugt nicht von Gerechtigkeit, wenn man die Nachkriegslasten, an denen wir alle gleichmäßig tragen müssen, verschieden verteilt. Und in wievielen Dingen haben wir das schon erleben müssen! Aber dann sollte man es wenigstens nicht auch dort tun, wo man sonst so viel „menschliches Empfinden“ vorheuchelt.

Frau E. D., Heidelberg

Das Ende eines Spions des Imperialismus

Der Prozeß gegen Laszlo Rajk in Ungarn

In diesen Tagen erregt wieder einmal ein sensationeller Prozeß die Gemüter der Welt: der Prozeß gegen Laszlo Rajk in Ungarn. Wie zur Zeit des Prozesses gegen Bucharin und Sinowjew in der Sowjetunion bemitleidet die imperialistische Presse das „unschuldige Opfer des Kreml“. Dieses Mitleid ist nicht einmal gespielt. Es ist echt, denn durch die Entlarvung ihres Agenten sind die Imperialisten an einer empfindlichen Stelle getroffen worden.

Sie wollen verschweigen, daß sie in der Zeit der größten Umwälzung der Weltgeschichte zu allen Mitteln greifen. Es ist der sterbenden Gesellschaftsordnung unangenehm, daß sie dabei ertappt wird, wie sie den Sieg einer neuen menschlichen Ordnung ohne Kapitalisten und Großgrundbesitzer aufzuhalten versucht, indem sie ihre Agenten in das Lager des Fortschrittes entsendet und rücksichtslos jede menschliche Schwäche und jede ideologische Schwankung auszunutzen sucht, um das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Doch die Versuche der Imperialisten, die Kommunisten der Heimtücke und des Intrigenspiels zu bezichtigen, weil sie sich mit Erfolg gegen die Agenten in ihren eigenen Reihen wehren, vermögen heute weniger zu überzeugen, als vor einigen Jahren. Sie verlieren an Wirksamkeit, weil die Geschichte bewiesen hat, daß die in der Vergangenheit durchgeführten Reinigungspro-

zedesse notwendig waren, und die Arbeiterbewegung stärkten. Als Bucharin und Sinowjew im Jahre 1937 verurteilt wurden, schrie die imperialistische Presse wie heute Zeter und Mordio. Wenige Jahre später aber mußte sogar der damalige amerikanische Botschafter in Moskau, Davies, zugeben, daß die Sowjetunion niemals den Angriffen des Faschismus hätte standhalten können, wenn sie nicht rechtzeitig die fünfte Kolonne in ihrem eigenen Lande ausgemerzt hätte.

Nachdem sich die Sowjetunion selbst als ein festes Bollwerk erwies, konzentrierten sich heute die Geheimdienste darauf, insbesondere in die Länder der Volksdemokratie einzudringen. Durch den Prozeß gegen Laszlo Rajk wurde an einer empfindlichen Stelle einer ihrer raffiniertesten und wichtigsten Agenten entlarvt. Darum heulen sie.

Rajks Tätigkeit als Agent begann bereits im Jahre 1931, als er zunächst wegen Verteilung kommunistischer Flugblätter verhaftet, dann aber wieder freigelassen wurde, um für die ungarische Polizei Spitzeldienste zu leisten. Nachdem er der Polizei die nötigen Fingerzeige zur Verhaftung von zweihundert Arbeitern geliefert hatte, war er in Ungarn nicht mehr zu verwenden und wurde deshalb in die Tschechoslowakei geschickt, um dort internationalen kommunistischen Verbindungen nachzuspüren. Später ging er nach Spanien und erstattete von dort aus über die im spanischen Bürgerkrieg kämpfenden ungarischen Kommunisten Bericht an die faschistische Geheimpolizei Horthys. Mit einem gesunden Spürsinn ausgestattet, ging er von dort aus, als seine Tätigkeit Verdacht erweckte, nach Frankreich und leistete im Auftrage jugoslawischer, amerikanischer und deutscher Geheimdienste Spitzelarbeit in den Lagern, in denen die antifaschistischen Spanienkämpfer interniert waren. Die Gestapo brachte ihn dann schließlich wieder nach Ungarn zurück, das mittlerweile von den Nazis besetzt war.

Die dortige illegale KP, die nichts von seiner Tätigkeit wußte, nahm Rajk wieder in ihre Reihen auf. Da die Verhaftung und spätere Erschießungen mehrerer Widerstandskämpfer wieder Verdacht auf ihn lenkte, ließ er sich selbst verhaften und nach Deutschland „deportieren“. 1945 kehrte er nach der Befreiung Ungarns zurück. Da er seine Vergangenheit zu verbergen verstand, konnte er wieder Mitglied der ungarischen KP werden und es gelang ihm, bis zum Innenminister aufzusteigen. Mit Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes, dem er ungarische Staatsgeheimnisse verriet, kam er mit Vertretern Titos in Berührung. Er verständigte nicht nur Tito von der bevorstehenden Veröffentlichung der Kominform-

Erklärung, sondern arbeitete zusammen mit seinen Helfershelfern Tibor Szönyi und dem früheren faschistischen Offizier Palffy ein Komplott aus, mit dem Ziel, Ungarn an Tito auszuliefern. Als der Fall aufgedeckt wurde, befanden sich bereits aus Jugoslawien eingeschmuggelte Agenten in Ungarn, die den Auftrag hatten, den Führer der KP Ungarns, Mathia Rakoszi zu ermorden.

Als alle diese Tatsachen lückenlos festgestellt waren, blieb Rajk nichts anderes übrig, als sie einzugestehen.

Es ist nur allzu verständlich, daß die Imperialisten nun, nachdem sie ihn für nichts anderes verwenden können, einen Märtyrer aus Rajk machen wollen. Die ungarische Arbeiterklasse und die Werktätigen der ganzen Welt aber atmen erleichtert auf, daß einer der gefährlichsten Agenten des Imperialismus entlarvt wurde, und daß seine verbrecherischen Pläne im Keime erstickt werden konnten.

Der Prozeß Rajk läßt die Werktätigen noch klarer erkennen, daß Tito nichts als ein Werkzeug der amerikanischen Finanzherren ist. Der Prozeß und die Entlarvung des imperialistischen Meisterspions Rajk enthalten die Lehre für die ganze internationale Arbeiterbewegung: die Parteien ideologisch zu festigen, einen kompromißlosen Kampf gegen alle Agenten des Imperialismus zu führen und die Wachsamkeit zu verstärken.

Unzuträgliche Lohnverhältnisse in der Metallindustrie

Unter den Zeitlohnarbeitern der Mannheimer Metallindustrie macht sich eine immer stärker werdende Unzufriedenheit mit den Lohnverhältnissen bemerkbar. Die Stundenlöhne dieser Arbeiter liegen ohne Teuerungszulage zwischen 92 Pfennig für Hilfsarbeiter und 1,08 DM für gelernte Arbeiter. Daß mit diesem Lohn nicht auszukommen ist, versteht sich von selbst. Während die Akkordarbeiter, wenn auch unter Einsetzung der letzten körperlichen Reserven die Möglichkeit haben, einen höheren Lohn zu verdienen, ist der Zeitlohnarbeiter mehr oder weniger auf das Wohlwollen seines Betriebsleiters oder Meisters angewiesen, wenn er eine Leistungszulage, die bis zu 15 Prozent betragen kann, erhalten will. Die Zeitlohnarbeiter, die bei der Firma Lanz beispielsweise 40 Prozent der Belegschaft ausmachen, haben es saft, ständig um jeden Pfennig Leistungszulage feilschen zu müssen. Sie verlangen mit Recht eine generelle Erhöhung ihrer Stundenlöhne. Wie wir erfahren, hat der Industrieverband Metall die Forderungen der Arbeiterschaft aufgegriffen und in einer Konferenz bereits dazu Stellung genommen.

Randbemerkungen

Die Rache des Herrn Cripps

Englands Wirtschaftsdiktator, das britische Gegenstück zu Herrn Professor Erhard, hat einen langen und erbitterten Kampf gegen die Preisüberhöhung geführt. Er hat die Notwendigkeit bestritten und die Durchführung abgelehnt. Noch bei den entscheidenden Verhandlungen beim Besuch des amerikanischen Finanzministers Snyder in London hat Cripps sich gestäubt, und er erlitt einen Nervenzusammenbruch und fuhr ganz überstürzt zur Erholung in die Schweiz. Die Tatsache der Abwertung war damals schon entschieden worden und bei den letzten Verhandlungen in Amerika konnte es sich nur um das Ausmaß der Abwertung handeln. Und dabei hat sich Herr Cripps nun revanchiert, indem er eine Abwertung bestimmte, die mit 30 Prozent die Erwartungen, oder man kann auch sagen, schlimmsten Befürchtungen übertrifft. Der Kampf zwischen Dollar und Pfund nahm einen bei zwei so christlichen Nationen ja verständlichen biblischen Verlauf nach dem Wort: „Derselbe (Dollar) wird dir den Kopf zertreten und du (Pfund) wirst ihn in die Ferse stechen.“

Exportkrieg auf den Köpfen der Verbraucher

Die Abwertung des englischen Pfundes gleich um 30 Prozent bedeutet nichts anderes als ein riesiges Dumping für den britischen Export, das alle Dollar stuhenden europäischen Volkswirtschaften in schwere Bedrängnis bringen wird. Am meisten aber wird der deutsche Export betroffen und die Abwertung der D-Mark um etwa 20 Prozent wird den vernichtenden Schlag kaum mildern können. In England aber wie in Deutschland werden die breiten Massen durch Verwertung der eingeführten Waren — wobei es sich bei uns besonders um Lebensmittel handelt — die schlimmen Folgen der Abwertung bald zu spüren bekommen, während Gewinne der Exporteure sich auf einen kleinen Kreis von Unternehmern beschränken. Westdeutschlands Ausichten nach Ablauf des Marshall-Plans 1952 sich wirtschaftlich selbst erhalten zu können, und von da ab nicht mehr den Amerikanern auf der Tasche zu liegen, dürften nun endgültig und für immer dahin sein. So wird auch der kleine amerikanische Steuerzahler schließlich das Abwertungs-Manöver mit bezahlen müssen. Das ist die Rache des Mr. Cripps.

Uebler Propagandatricks mit Rußland-Heimkehrern

Das Dritte Reich scheint bereits wieder im Anmarsch zu sein, denn was man bei den Bundestag-Sitzungen hören und erleben mußte, konnte von einer Regie des weiland Herrn Goebbels nicht besser aufgezogen werden. Als der Abgeordnete Reimann die Oder-Neiße-Linie als eine Grenze des Friedens bezeichnet hatte, brach eine wüste Schimpfkampagne gegen ihn los und es wurden zwei „ausgemergelte“ Rußlandheimkehrer hereingeführt als stumme Demonstration, die mit untergeschobenen Abgeordneten-Ausweisen hineingeschmuggelt und durch einen Ordner (!) bis zur Rednertribüne geführt wurden, wo sie ihre zerrissenen Soldatenmäntel schwenkten. Diese Szene war an Verlogenheit und Tatsachenverdrehung eines Goebbels würdig. Das Ruhrwerk wäre allerdings erst vollständig gewesen, wenn man neben diese ausgemergelten Rußlandheimkehrer auch noch übrigen die Heimkehrer aus amerikanischen, englischen und französischen Gefangenenlagern alle besser aus? — die wohlgenährten, wohlgepflegten und gut bezahlten Herren Generalfeldmarschälle gestellt hätte, die Hitlers Pläne ausarbeiteten, nach denen die deutschen Soldaten auf das russische Volk gehetzt und in millionenfachen Tod geschickt wurden. Diese Blutsäuer Hitlers verdienen heute viel Geld mit ihren Memoiren, Tagebüchern usw. und sie schmieden schon wieder neue strategische Pläne. Die Heimkehrer aber läßt man an den Straßenecken betteln und bedient sich ihrer nur zu übelsten Propagandatricks.

Schwindelfreie, gesunde und kräftige Arbeiter gesucht

Unmögliche Lohnverhältnisse bei der Firma MAN

Im Großkraftwerk Rheinau wird durch die Firma MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Werk Gustavsburg eine riesige Stahlkonstruktion aufgestellt. Schwerste Eisenteile müssen dabei in schwindelnder Höhe, das Ganze wird 46 m hoch, montiert werden; aber die bezahlten Löhne stehen in gar keinem Verhältnis zu der verlangten Arbeit. Die Stahlbaufirmen in Mannheim zahlen nämlich für diese Arbeit einen Hilfsarbeiterlohn von 1,35 DM, entsprechend dem Tarif für das metallverarbeitende Baugewerbe. MAN aber zahlt ihren Hilfsarbeitern, und das ist der größte Teil der Belegschaft, ganze 1,01 DM pro Stunde einschließlich der Teuerungszulage.

Die Firma MAN läßt sich am liebsten irgendwelche Facharbeiter aus der Metallindustrie zuweisen, weil diese schon gewisse Voraussetzungen für diese Arbeit mitbringen und bezahlt sie dann als Hilfsarbeiter. Die wenigen Stammarbeiter der Firma, etwa ein halbes Dutzend, kommen aus Gustavsburg und sehen ihre Aufgabe vor allem darin, die übrige Belegschaft anzutreiben. Der Bauleiter Wegmann scheint eine Arbeitsstelle noch nicht von einem Kasernenhof unterscheiden zu können. „Spritzen Sie mal weg, dieses und jenes zu holen, los, los, laufen Sie, in einer Minute sind Sie wieder da“, so kommandiert er ältere Arbeiter herum.

Nach Artikel 12 des Bonner Grundgesetzes hat jeder Deutsche das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Auch darf niemand mehr zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden. Was bedeuten aber diese schönen Bestimmungen, wenn die Arbeitslosen, die die zugewiesene Arbeit bei der MAN nicht annehmen wollen, mit dem Entzug der Unter-

stützung rechnen müssen. Das Arbeitsamt hat keine Bedenken, dieser Firma Arbeitskräfte zuzuwenden, weil „nach Tarif“ bezahlt wird. MAN richtet sich nämlich nach dem Tarif für die Metallindustrie und da beträgt der Hilfsarbeiterlohn eben nur 1,01 DM. In der Metallindustrie haben zwar die Arbeiter die Möglichkeit, durch Leistungszulagen oder durch Akkord usw. einen höheren Lohn zu verdienen, aber danach fragt die MAN nicht.

Der Industrieverband Metall hat sich bisher vergebens bemüht, eine allgemein gültige Abmachung für die Arbeiter im Stahlbau zu erreichen. Die Unternehmer haben sich als unzugänglich den berechtigten

Forderungen der Arbeiter gegenüber bewiesen. Wenn die Arbeiterschaft der MAN und der Verband sich nicht entschließen können, ihren Forderungen auf erträgliche Löhne mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln Nachdruck zu verleihen, dann werden sich die Lohnverhältnisse dort niemals ändern. Angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit wird die Firma MAN niemals um Arbeitskräfte verlegen sein, dafür wird das Arbeitsamt schon sorgen.

Wir möchten anregen, daß bei Vergebung öffentlicher Aufträge an die MAN auch einmal die Lohnverhältnisse unter die Lupe genommen werden sollten.

Entlassungen bei Sunlicht Rheinau

Die Sunlicht-Gesellschaft Mannheim-Rheinau will demnächst 70 bis 80 Arbeiterinnen entlassen. Einem Teil derselben wurde bereits die Kündigung zugestellt.

Die Lager seien voll, erklärte uns der Betriebsrat, gefragt nach der Ursache der Entlassungsaktion. Seit einem viertel Jahre habe die Sunlicht-Gesellschaft erhöhte Absatzschwierigkeiten. Die Firma stoße auf die Konkurrenz vieler kleinerer Betriebe, die sich mit der Seifenproduktion befassen.

Während wir uns mit dem Betriebsrat unterhielten, kam eine Arbeiterin ins Zimmer. „Warum bin gerade ich bei den Entlassenen. Ich bin alleinstehend, habe ein Kind, meine Eltern sind ausgebombt, es ist doch so schwer heute, Arbeit zu finden.“ Der Betriebsratsvorsitzende versprach, sein Möglichstes zu versuchen. Doch es ist schwer dafür zu sorgen, daß soziale Härten bei den Entlassungen vermieden werden.

Denn jede Entlassung, ganz gleich wen sie trifft, ist eine Härte. Die Löhne der Arbeiterinnen sind niedrig, 70 Pfennig Stundenlohn und 16 Pfennig Teuerungszulage. Dazu kommt noch die verkürzte Arbeitszeit. Selbst für die Arbeiterinnen, die Leistungslohn erhalten und etwas mehr verdienen, reicht der Lohn nicht aus, um ein menschenwürdiges Dasein zu fristen. Und doch klammert sich jede der Arbeiterinnen an ihren Arbeitsplatz. Arbeitslosigkeit bedeutet krasssten Hunger.

Die Preise sind zu hoch, erklärte man uns noch. Der Verbraucher kann nicht das zwei- bis fünffache des Friedenspreises für die Seife bezahlen. Die Sunlicht-Gesellschaft sei auf ausländische Rohstoffe angewiesen und müsse die entsprechenden Preise bezahlen. Die Zukunft ist noch ungewiß und es ist fraglich, ob es bei diesen vorgesehenen Entlassungen bleiben kann.

Soll das die Soforthilfe sein?

Sozialausschuß billigt die Pflichtarbeit für Fürsorgeempfänger

Im Sozialausschuß gab der Sachreferent, Oberverwaltungsrat Schell einen detaillierten Abriss über die bisher geleistete Arbeit des Soforthilfeamtes und der Stadt, Wohlfahrtspflege in dieser brennenden Frage.

Danach wurden insgesamt 23.000 Vordrucke, 7000 für Unterhaltunghilfe und 16.000 für Hausrathilfe ausgegeben. An Anträgen liegen bis jetzt vor: für Unterhaltunghilfe 3.405 und für Hausrathilfe 6.935, in Summa 10.340. Zahlen, die für sich selbst sprechen. Die Personalunion von Soforthilfe und Wohlfahrtsamt erwies sich als ein sehr schwerfälliges Verfahren. Der Sozialausschuß des württembergisch-badischen Städtetages habe diese Schwerfälligkeit kritisiert und festgestellt, daß es so nicht mehr weitergehen könne. Die vorhandenen Mittel seien außerordentlich beschränkt, für Unterhaltunghilfe stünden 600.000 DM zur Verfügung, für die Hausrathilfe noch nicht ein Pfennig. Wir stellen den Unterstützungsberechtigten anheim, sich selbst einen Kommentar dazu zu machen.

In die sich entspannende Debatte warf Genosse Stadtrat Eimuth ein, daß es Fälle gegeben habe, wo die Fürsorge Antragsteller, welche Anspruch auf Soforthilfe haben mit dem Bemerkung weggeschickt habe, sie möchten zur Soforthilfe gehen. Stadtrat Eimuth forderte, daß das Wohlfahrtsamt die Unterstützungsberechtigten der Soforthilfe zur Überbrückung bevorzugsweise. Genosse Stadtrat Eimuth wünschte ferner Aufklärung ob bei der Nachzahlung für Soforthilfe-Unterstützungsberechtigte (Soforthilfe-Nachzahlung wird gewährt vom 1. April bis 1. September) die bisher gezahlte Fürsorgeleistung in Abzug gebracht werde. Der Sozialreferent wie auch der anwesende Direktor des Wohlfahrtsamtes mußten einräumen, daß dies der Fall sei, womit die schreiende Unzulänglichkeit der Soforthilfe klar zu Tage tritt.

Erfolgreicher Malerstreik

Mit einem vollen Erfolg hat der Streik der Maler in Bochum, über den wir in unserer letzten Ausgabe berichteten, geendet. Bei den Schlichtungsverhandlungen in Düsseldorf haben die Unternehmer die Forderungen der Streikenden angenommen. Der Stundenlohn der Maler wurde auf 1,36 DM erhöht und ein zwölfzügiger bezahlter Urlaub vereinbart.

Um den Mechanismus der Soforthilfe mehr in Schwung zu bringen, werden nun Ausschüsse gebildet in der Stadt, wie in den Landkreisen, aus je einem Vertreter der Behörden (im Falle Mannheims der Oberbürgermeister) und je vier Beisitzern, zwei Sachgeschädigten und zwei Vertretern der Flüchtlingsvereine. Diese Ausschüsse tagen wöchentlich einmal und haben das Sachgebiet aller anfallenden Anträge zu erledigen.

Oberverwaltungsrat Schell nahm Bezug auf die in unserer Zeitung getübte scharfe Kritik an der Pflichtarbeit für weibliche Fürsorgeempfänger und vertrat die Auffassung, daß die Entlohnung von einer Mark für die sechsstündige Arbeit dieser Frauen bei der Friedhofsverwaltung ausreichend sei. Die kommunistische Forderung nach tariflicher Bezahlung lehnte er ab mit dem Hinweis, daß Unterstützung und zusätzlicher „Verdienst“ über den Tariflöhnen für Hilfsarbeiter lägen, ein Einwand,

der höchstens gegen die menschenwürdige Entlohnung der Hilfsarbeiter spricht, aber nicht gegen eine angemessene Bezahlung bedauernswerter Frauen, die der Fürsorge anheimfallen. Befragt, ob die Verweigerung der Pflichtarbeit Unterstützungszug um im Gefolge habe, antwortete der Leiter des Wohlfahrtsamtes ausweichend, daß nur dann, wenn eine Frau diese Arbeit „kategorisch“ ablehne, die Unterstützung gesperrt werde. Genosse Stadtrat Eimuth wies auf die psychologische Auswirkung dieser Zwangsarbeit hin, welche in den Frauen das niederdrückende Bewußtsein auslöse, zu den Ausgestoßenen zu gehören. Der Sozialreferent meinte, daß die Arbeit das „sittliche Empfinden“ wecke, daß nur gesunde Frauen dazu ausgewählt würden, und daß die Pflichtarbeit in sechs Wochen „nur“ eine Woche geleistet werden müsse. Der Ausschuß stimmte mit Ausnahme der kommunistischen Stadträte der Pflichtarbeit zu. —m

Brühl besteht auf seinem Recht

Die Gebietsstreitigkeiten zwischen Mannheim und Brühl und die sich daraus ergebenden Differenzen waren im Verwaltungsausschuß der Stadt Mannheim wesentlicher Punkt einer längeren Debatte.

Auf Initiative des verstorbenen Dr. Cahn-Garnier ist die Eingemeindung von Brühl-Rohrhof schon seit längerer Zeit Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beteiligten Gemeinden. Es handelt sich hierbei um eine Art von Wiedergutmachung, da im Dritten Reich Brühl kurzerhand sozusagen okkupiert wurde. Der strittige Punkt war nun bei der Revision dieser Maßnahme das Gelände der Firma Schütte-Lanz, welches zugleich Mannheim, wie auch die Nachbargemeinde beanspruchte. Es wurde verhandelt, Geländestreifen auf der Karte hin und her gerückt, gemessen, begutachtet und seitens Mannheim großzügige Zugeständnisse gemacht. Aber die Brühler sind hartnäckige Leute, sie bemühten sogar den Landtag mit ihrer Forderung nach Schütte-Lanz, und da Dr. Cahn-Garnier schon der Auffassung war, daß man die Verhandlungen dadurch nicht gefährden dürfe, kommt es nun auch zum Verzicht Mannheims auf das Gelände von Schütte-Lanz und damit zu einer Annäherung der Verhandlungspartner.

Das Gelände der IG-Siedlung, der Firma Mohr- und Federhaff, sowie der Heinrich-Lanz-AG wird nach dem derzeitigen Stand der Verhandlungen also bei Mannheim bleiben. Nach der höheren Einsicht der Brühler Gemeindeglieder, welche tapfer die Fährlein auf der Karte steckt, wird das Gebiet rechts der Zufahrtsstraße und die Straße selbst bei Mannheim bleiben, vorausgesetzt, daß die Gewerbesteuer nach den Mannheimer Hebesätzen und nicht nach denen Brühls erhoben und abgeführt wird. So will es Brühl, der Verwaltungsausschuß zeigt sich geneigt, auf dieser Linie die Verhandlungen zu führen und stimmte dem zu, so daß zu hoffen ist, daß diese unerquickliche Angelegenheit zu einem für beide Teile befriedigenden Ende geführt wird. —m

Frist nicht versäumen

Unterstützung für invalide Gewerkschaftler Die vom Gewerkschaftsbund bewilligte Unterstützung wird vom Industrieverband Metall Mannheim, L. 4, 15, ab sofort ausbezahlt. Die Auszahlung endet bereits am 1. 10. 1949, mittags 12.00 Uhr. Eine spätere Auszahlung ist infolge des Zusammenschlusses der Verbände aus kassentechnischen Gründen nicht mehr möglich. GWE Ortsausschuß Mannheim Industrieverband Metall

Wir blenden auf:

Die Blendlaterne

„Ich suche Abonnenten“, sagte unser moderner Diogenes, Intendant Payer, in der letzten Veranstaltung der Blendlaterne („Theater — Kino — Fußball“), und er verglich sich dabei mit dem weisen Narren des Altertums, der mit sehr hintergründigem Humor am helllichten Tage bei brennender Laterne auf dem Markt in Athen Menschen suchte. Sonst hatte der Experte der dramatischen Kunst zum Thema Theater und seiner Krise weiter nichts zu sagen, außer der Platitude, daß das Theater die „feinste Blüte des Spieltriebs“ sei.

Desto bemerkenswerter waren die Feststellungen des Leiters der Alster-Lichtspiele, der dem häufig begangenen Einwand, daß das Kino das Theater immer mehr in den Schatten dränge, mit der ebenso drastischen wie treffenden Bemerkung entgegnet, daß das ein trauriges Theater sei, welches sich vom Film verdrängen ließe. Dr. Künzig gab einen sehr anschaulichen Abriss des bisherigen internationalen filmischen Schaffens, vom deutschen „Cabinett des Dr. Calligari“ bis zum Klara-Schumann-Film amerikanischer Produktion, wobei wir ihm Dank wissen, daß er es nicht unterließ, auch die Schöpfungen russischer Filmkunst (S. M. Eisensteins „Panzerkreuzer Potemkin“ und Valerian Inkijinoffs „Sturm über Asien“) zu würdigen. Wer von den heutigen Filmfreunden kennt noch Eisensteins und Inkijinoffs filmkünstlerische Manifestationen? Es ist an der Zeit, sich dessen zu erinnern, daß die SU mit diesen Männern einen epochalen Beitrag zum Film geleistet hat, und es wäre ebenso an der Zeit, daß wir wieder einmal einem sowjetischen Film in einem westdeutschen Lichtspieltheater begegneten.

Dr. Künzinger vom VfR setzte sich gewandt und humorvoll mit seinen Kollegen vom Theater und Film auseinander und entdeckte keine Dashaarmonie zwischen Sport und Kunst. Die vom Filmexperten geäußerte „Vermassung“ des heutigen Menschen unterstellte er als richtig, wobei wir ihm Beifall zollen, denn wir sehen gerade in dieser „Vermassung“ den Beginn einer Ent-

Steht Mannheims Jugend abseits im heutigen Geschehen oder nimmt sie lebendigen Anteil an der Gegenwart und ihren Problemen? Die Antwort auf diese Frage gab das Wochenende der Jugend, zu welchem der Jugendrat gemeinsam mit den Jugendorganisationen, der Sportjugend und der GYA aufgerufen hatte, mit einem Erfolg, der bei kritischer Betrachtung nicht ganz befriedigend war.

Was äußerlich in Erscheinung trat, im bunten Wechsel von Spiel und Tanz, im Scheinwerferlicht auf dem Podium des Paradeplatzes am Samstagabend, am Wasserturm am Sonntag in den sportlichen Wettkämpfen, wie auch auf der Festwiese vor dem Planetarium — das war frische Jugend mit ihrer noch ungetrübten Lebensfreude und der Unbekümmertheit ihrer Jahre. Die gelöste Anmut der Jugendlichen, noch im Kindesalter stehenden Tänzerinnen, die Gymnastik, die spannenden Staffetten um den Friedrichsplatz, die graziosen beschwingten Einzellaufe der C-Klasse vom Mannheimer Rollschuh-Club und auch das Kinderfest im Luisenpark mit dem fröhlich-originellem Kinderzirkus gaben ein Bild von Frohsinn, sprudelnden Fontänen bei lachendem Sonnenwetter und kindlicher Begeisterung. Aber sind Spiel und Sport alles, womit sich das neue Geschlecht, das Geschlecht der Zukunft zu beschäftigen hat, erschöpfen sich damit seine Aufgaben? Diese Generation hat unseres Erachtens heute Aufgaben vor sich liegen, wie kaum eine zuvor: in der Trümmerbeseitigung der Vergangenheit, der Beseitigung der Reste der alten nationalistischen Ideologien, deren Aufleben gerade heute wieder zu beobachten ist, in der britischen Zone und im Parlament West-

wicklung zu neuen und höheren Formen, zu einem Gesellschaftszustand, welcher die Synthese vom Theater, Kino und Fußball zu finden wissen wird.

Dieser Abend war das konkreteste, was die Blendlaterne bisher den Mannheimern bot. Hoffen wir, daß sie in diesem Sinne weiter „blendet“.

Zum Fest der Jugend

deutschlands, im politischen Kampf für die nationale Einigung und für den Frieden. „Seid auf der Hut“, dieses mahnende Abschiedswort des greisen Mannheimer Albert Bassermann sollte gerade die Jugend sehr beherzigen, und davon war leider bei diesem Fest der jungen Menschen wenig zu merken.

Der Oberbürgermeister hatte bei der Eröffnungsfest am Paradeplatz gesprochen, von der Not der Jugend von heute, dem mangelnden Verständnis der Erwachsenen und von der Brücke, welche zwischen den beiden geschlagen werden müsse. Ein neues Geschlecht müsse einen neuen Staat bauen, meinte das Stadtoberhaupt. Daß der föderalistische Weststaat von Besatzungsmächten nicht dieser neue Staat sein kann, das dürfte manchem der jungen Menschen inzwischen klar geworden sein, denn hier blüht gewiß keine Zukunft für die heranreifende Generation. Es ist Sache unserer Jugend, ihres Enthusiasmus und ihrer Opferbereitschaft, mitzuhelfen, ein geeintes Vaterland zu errichten, zum Wohle aller schaffenden Kräfte unseres Volkes.

Die Freie Deutsche Jugend blieb bei diesem Feste unsichtbar; weder im sportlichen Kampf noch in den übrigen Darbietungen trat sie in Erscheinung. Das ist unverständlich und sollte sich nicht mehr wiederholen.

Radsportler begeistern in Wallstadt

Das Jahresschlussrennen des RKB „Solidarität“ auf der Wallstädter Rundstrecke war ein voller Erfolg. Man muß es der dortigen, erst vor zwei Monaten wieder gegründeten Ortsgruppe lassen, daß sie es versteht, derartige Rennen aufzuziehen. Aber auch die Fahrer gaben ihr Bestes und lieferten sich um die gestifteten Prämien spannende Spurts. Das Jugendrennen gewann erst im Endspurt Kühnmann, Viernheim, vor Draler, Karlsruhe. In der B-Klasse setzte sich Mainzer vor Rink und Kohler (alle Knielingen) durch. Im Hauptrennen über 50 Runden gab es Prämienspurts am laufenden Band, und die Fahrer betzten sich von Runde zu Runde. Die Zuschauer sparten nicht mit Prämien und Beifall und tosender Jubel brauste auf, als sich in der Schlussrunde der einheimische Gustav Lorenz im begeisterten Spurt an die Spitze setzte und als Erster vor Ziegler-Mannheim durchs Ziel ging. Hoch schlugen die Wogen der Begeisterung nochmals bei der Siegerehrung, und im anschließenden gemütlichen Teil mit Tanz erreichte die Stimmung einen Höhepunkt, wie er bisher in Wallstadt noch nicht erreicht wurde. Ein richtiges Volksfest, und den wenigen, die in selbstloser unermüdlicher Arbeit das ganze organisiert hatten, war es Anerkennung und Genugtuung zugleich, als beim Abschied die Fahrer immer wieder versprachen, „wir kommen wieder“.

Schach

Bestrafter Bauernraub

Man erzählt, ein Schachmeister soll seinen Sohn, bei Strafe der Enterbung, verboten haben, den Bauer b 2 zu gewinnen. Bekanntlich ist dieser fragliche Gewinn oft der schnellste Weg zum Verlust. Aber der Bauer lockt und findet immer wieder seine Opfer.

Zurawlew — Prutovych (Aus der Endrunde der Kolchonenmeisterschaft in der UdSSR 1949) 1. e4, e6; 2. d4, d8; 3. Sd2 (Die letzte Mode in der „Französischen Partie“! Bauer d4 kann danach mit 3c besser gestützt werden, als nach den üblichen Sc3.) 3. ... Sf8; 4. e5, Sfd 7; 5. Ld3, c5; 6. c3, Sc6; 7. Se2, Db6. (Zielt nach d4 und b2!) 8. Sf3, cxd4; 9. exd4, Db4+ (Besser Lb4+.) 10. Ld2, Dxb2. (Er hat ihn schon! Die Strafe läßt nicht lange auf sich warten.) 11. Tbl, Da3; 12. Tb3, De7. (Den zweiten Bauer a2 zu nehmen, wagt Schwarz nicht, obwohl die Folge auch nicht viel schlimmer werden könnten!) 13. 0-0, Dd3; 14. Sf4, Lc7; 15. Sh5, 0-0; 16. De2, Te8; 17. De3, g8; 18. Df4, f5. (Auf gxh5 folgt entscheidend Lh7+! 19. Kxh7, Dh6+!) 19. exf6, Sxf6; 20. Sxf6+, Lxf6; 21. Te1, Td8; 22. h4. (Rücksichtslose Fortsetzung des Angriffs!) 22. ... Lxd4; 23. Dg3, Lg7; 24. h5, Se7; 25. hxe6, hxe6; 26. Lxg6, Sxg6; 27. Dxe6, De8; 28. Dg3, Tf6; 29. Se5, b6; 30. Lg5, Tf5. Qualitätsverlust ist bereits unvermeidlich! Auf Tf8 folgt 31. Lh6, De7; 32. Sa8, 31. Lh6, De7; 32. Sc6, Df8; 33. Lxg7, Dxg7; 34. Se7+, Kf7; 35. Sxf5, exf5; 36. Te7+. Schwarz gab auf!

Schach in der Ostzone

Im Rahmen einer Heimatwoche wurde in Großbröhrsdorf (Sachsen) ein Schachturnier ausgetragen, an dem sich neun Spitzenspieler vom Lande Sachsen beteiligten. Als zehnter Teilnehmer und haushoher Favorit war Lothar Schmidt (Bamberg), der dritte in der deutschen Schachmeisterrangliste eingeladen. Das Turnier erhielt seinen besonderen Reiz, daß der 19jährige Ostzonen-Schachmeister Wolfgang Pietzsch aus Zittau erstmalig mit einem Vertreter der deutschen Spitzenklasse zusammentraf. Das Turnier endete mit einer Bombenüberraschung, denn dem jungen Ostzonenmeister gelang es, mit dem so gefürchteten, bereits mehrmals international erprobten westdeutschen Meister gleichauf abzuschneiden. Pietzsch verlor nur gegen Schmidt, während dieser sich zweimal von den Leipziguern Kubart und Großner geschlagen bekennen mußte. Pietzschs zweiter Verlustpunkt ergab sich aus zwei Remispartien. Auch der dritte, Kubart, spielte ausgezeichnet und blieb nur einen halben Punkt hinter den beiden Siegern zurück.

Wer macht das Rennen?

Mannheimer Zeitungen radeln um die Wette

Am 9. Oktober 1949 werden in Mannheim die Zeitungen um die Wette rennen, aber nur mit „ganz gewöhnlichen Fahrrädern“. Da startet einmal ein Meisterschaftsrennen für „Zeitungsfahrer“, zu dem sich bis jetzt schon 26 „Stahlrollbockers“ gemeldet haben, darunter eine starke Rennfahrergilde des „Badischen Volksecho“. Ein zweites Rennen umfaßt die sogenannten „ambulanten Zeitungsverkäufer“, die bis jetzt mit 15 Fahrer auf den Plan bzw. die Pedale treten wollen. Schließlich wollen noch die „Geschäftsfahrer“ ein eigenes Rennen machen, wobei sie sich höllisch anstrengen müssen, damit ihr Geschäft im Rennen und nicht auf der Strecke bleibt.

Die Sensation des Tages wird das Rennen der Damen sein. Mit fliegendem Busen werden sie die Straßen durchsausen, mit gewinnenden Lächeln die gefährlichen Kurven nehmen und sich gegenseitig den „Rang abtreten“. Am Ziel winken auch ihnen — wie allen anderen Siegern — zahlreiche Ehrenpreise von namhaften Firmen und Zeitungsverlagen Mannheims gestiftet. Das sportfreudige Publikum läßt sich überraschen und merkt sich vorerst den 9. Oktober, um sich schon jetzt den Vormittag freizuhalten, denn das „Große Zeitungrennen“ beginnt bereits um 9 Uhr. Das nächste Mal bringen wir noch nähere Einzelheiten.

KARLSRUHE

Beißwäsche - Kopfkissen - Leintücher Unterwäsche-Garnituren kaufen Sie billig bei Karl Essig, Leopoldstraße 33

MARKEN-PORZELLAN Kaffeesservice 15- u. 17teilig ab DM 18,90 Speisesservice 23teilig 39,75 SOBOTKA Kriegstraße 32, Elagengeschäft gegenüber der Markthalle

RADIO Die kleinen Lorenz- und Schaub-Ton-Wunder DM 128,- Formschöner Einkreisler DM 69,- Neueste Modelle Saba, Mende, Philips und Blaupunkt

MOBEL EHRFELD am Rondellplatz KARLSRUHE

Reparaturen kurzfristig PIASECKI Schützenstraße 17, b. Ettlinger Straße Telefon 5592

Spezial-Werkstätte für Ruf-Buchungs- und sämtl. Büromaschinen Eugen ULMER

Eheleute Keine Frauensorgen mehr d. u. UTE - Dauer - Mutterschutz. Gratis-Prospekt gegen Freiumschlag Pharmagut Hamburg 1, Postfach 708/B

Macht dir der Radio Kummer verlange diese Nummer: 7800 RADIO SOINEGG Amalienstraße 45

Ihr Brennholz Tanne und Buche liefert sterweise Herbert Schramm Durlach, Karl-Weißer-Straße 9 Telefon 914 20

Albert Blau Kohlen - Holz Baustoffe - Bauelsen Karlsruhe Winterstr. 40 Tel. 892-893

Jetzt schon..... bittet um Ihre Spätfahr- & Wintergarderobe zum CHEM. REINIGEN oder FÄRBen Bardusch WÄSCHEREI · FÄRBEREI · CHEM. REINIGUNG

Heute zum Wochenende Socken feste Qualität 2,75 Wollenschläger Douglasstraße 5

Eine feine Sache so ein leichtlaufendes, unverwundliches, pfundig emall. Fahrrad mit 2 Jahre Garantie

Gebrauchte Herren- und Damenräder von 49,- an Teilzahlung gestattet bei sofortiger Aushändigung. Fahrradmäntel, grau 6,25 Fahrradmäntel, rot 6,50 Fahrradschläuche, grau 1,85 Fahrradschläuche, rot 1,85

ENDRES Ettlingen, Kirchenplatz 7 Tel. 80

Möbel - Meinzer Schlafzimmer hell und Mahagoni hochglanz poliert ab 890,- DM aus eigener Werkstatt Karlsruhe, Lessingstr. 70

Frisch geschleudert Schwarzwälder Tannenhonig der Pfund 3,50 DM o. Glas, Ia raffiniertes Buchelöl 1/2 Flasche 3,00 DM o. Glas DROGERIE ROTH Herrenstraße 26-28

Privat-Tanzschule GROSSKOPF Reinhold-Frank-Straße 71 Beginn neuer Kurse Einzelunterricht Sprechzeit: 15.00 bis 19.00 Uhr

Badisches Staatstheater Freitag, 30. September, 19.30 Uhr: Das verschlossene Haus Samstag, 1. Oktober, 19.30 Uhr: Premiere: Ollly-Polly Sonntag, 2. Oktober, 19.30 Uhr: Der Freischütz Montag, 3. Oktober, 19.30 Uhr: Maria Stuart

Bestellschein Hiermit bestelle(n) ich / wir ab Erscheinen (1. 11. 49) die Tageszeitung

BADISCHES VOLKSECHO DIE ZEITUNG ALLER SCHAFFENDEN durch Träger - Post - Abholer (Nichtzutreffendes streichen) zum monatlichen Bezugspreis von DM 2,05 zuzüglich Trägeregeld „ 0,45 zuzüglich Porto bei Lieferung durch die Post „ 0,54

KLINGLER K.G. KARLSRUHE KARLSTR. 99 TEL. 8330 - BRENNSTOFFE ALLER ART - RÜPPURR PFAUENSTR. 23 TEL. 8444

Jetzt kaufen heißt: den richtigen Zeitpunkt wählen Hettlage Ihr Fachgeschäft für Herren- und Knabenbekleidung Karlsruhe, Kaisersstraße 50

Was bringt die Herbstmode der Frau?

Eva kann nicht mehr im Feigenblatt gehen, dies Requisite ist aus dem Gebrauch gekommen, außerdem gebieten die öffentliche Moral und die hochwühlöbliche Polizei, daß jedermann in anständiger Bekleidung durch die Straßen spazierte. Seit Jahrtausenden also gibt es für unsere Frauen ein Zauberwort, und dies Zauberwort heißt Mode!

Der Sommer ist nun unwiderruflich dahin und die Herbstsaison in Westdeutschland eröffnet. Der Kaufmann öffnet einladend die Tür mit einem hoffnungsvollen und ergebenden „bitte schön“. Die Modenhäuser wetteifern in Modeschauen, über den Laufsteg wippt bei Walzermusik glänzende Fräulein Mannequin, zeigt die neuesten Schöpfungen unserer phantasievollen Modenkünstler, unsere Frauen bekommen glänzende Augen und spenden begeistert Applaus. Den Männern, in hoffnungsloser Minderheit dazwischen eingeklinkt, tritt der Angstschweiß auf die Stirne, sie schielen verstört nach den Preistafelchen und werfen hin und wieder einen Kennerblick ganz verstoßen nach den Waden einer hübschen Vorführdame.

Was bringt also die Herbstmode? An

Stoffen: Mooskrepp, Wolle, Taftmoiree, Seide, Velour und Plüsch (bei den Mänteln). In den Farben: nachtblau, violett, stumpfes oder Bordeauxrot, Lindgrün, schwarz bis beige, uni und auch frisch gemustert, Silber- und auch Perlstickerei (bei den Nachmittagskleidern). In den Herbstmänteln eine betont sportliche Note, mit weit ausladenden eleganten Kragen, teils mit, teils ohne Gürtel, mit bequemem Fall, viele Hänger, in Grau, Graubeige und satten Braun, glatt, sowie auch mit Fischgräten- und Hahnenritzmuster. Bei den Wintermänteln gedeckte Farben, zum Teil auf Taille gearbeitet mit hochgestelltem Kragen, mit und ohne Gürtel. Es fällt auf, daß in diesem Jahre kein Pelz verarbeitet wurde zum Ausputz, weder echte Felle noch Imitation.

In den Straßen- und Nachmittagskleidern dominiert immer noch der Glocken- oder Zipfelrock, wobei ins Auge fällt, daß besagte Röcke etwas kürzer geworden sind, ferner, daß eine aparte Knopfverarbeitung vorherrscht, daß der Ärmel in allen Variationen zu sehen ist, kurz über halblang bis lang, mit und ohne Stulpe oder Aufschlag, und daß der

Kragen, fast wie ein Stuartkragen spitz auslaufend, eine Tendenz nach „oben“ hat, im Gegensatz zu unserer Kaufkraft. Auch an jene Frauen dachte Königin Mode, deren Hüften nicht mehr so schmal wie die

unserer Sportmädel sind, und die Infolge stärkerer Körperlichkeit etwas kurzatmig durch's Leben schweben. Für diese Frauen hat die Mode passable Lösungen gefunden, welche Linie geben (in sehr vorteilhaften Kompletts).

Was ist der heiße, herbstliche Wunschtraum unserer Mädchen, wenn sie abends müde aus dem Kontor kommen? Ein Abendkleid! Im Abendkleid selig über das Parkett zu schweben bzw. im Samba-Rhythmus zu schaukeln, am Arm des Ausgewählten, das ist ihr selten erfüllter Traum. Auch hier zeigt Königin Mode die bezauberndsten Formen und Farben und sehr dezent. Es gibt kein Rückendeckelchen, nur brave viereckige Ausschnitte, das Ganze kurz beärmt mit Volants oder einen kleinen Puff, am Rücken in Taillenhöhe häufig ein solides, backfischmäßiges Schleifchen, in betörendem nachtblaue und violett fließendem Taft oder strengem Schwarz, das die hellen Blondinen so vorzüglich kleidet.

Dies alles bringt die Herbstmode für unsere Frauen in reicher Auswahl und war zu sehen bei der Leistungsschau der Häuser Köster und Fischer-Riegel. „Jedoch“, sagte einmal unser lieber alter Wilhelm Busch, „bei näherer Betrachtung steigt mit dem Preise auch die Achtung.“



Allerlei

Scheue Nachtwäsche

Eine italienische Wäschefirma bezeichnet die heute übliche Nachtbekleidung der Damen als skandalös. Sie startete einen großen Reklamefeldzug für solide und wärmende Nachthemden und Schlafanzüge unter dem Motto: „Tragt scheue Nachtwäsche!“ — Diese Reklame wird verständlich, wenn man erfährt, daß es sich bei diesen scheuen Italienern um Barschent-Fabrikanten handelt.

Sags durch die Krawatte

In Amerika gibt es Krawatten, die sehenswerter sind als jede andere; aber nachts fangen sie auf seltsame Art zu leuchten an. Solch eine Krawatte war es, die der Studiendirektor einer höheren Mädchenschule in Frankfurt a. M. kürzlich einem Amerikapaket entnahm. Er band sie sofort um, stellte fest, daß sie dunkelgrau und vorchriftsmäßig seriös war, und zwei Stunden später im verdunkelten Physiksal und zweiundzwanzig Primanerinnen lasen auf dem Schilpe ihres Direktors die leuchtende Parole: „I want to kiss you baby!“

Herbstmode nach Herem Herzen!

Wie kleidsam, hübsch und angenehm unsere Mäntel und Kleider sind, läßt sich schwer beschreiben. Sie müssen sie schon sehen, unsere Verkäuferinnen zeigen Ihnen unverbindlich, was man jetzt trägt.

Damen-Mäntel
einfarbig u. gemust. 99.- 89.- 69.-

Damen-Wollkleider
sehr modisch 79.- 55.- 39.-

Damen-Westen o. Arm
modische Farben 8.90

Kinder-Pullover
alle Größen 4.95, 3.95

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

Kaufhaus KÖSTER
am Paradeplatz

NATIONALTHEATER MANNHEIM
Spielplan vom 1. Oktober bis 10. Oktober 1949

Samstag, 1. Oktober, Mieta L. Nr. 2: „Tannhäuser“, Oper von Richard Wagner. Anfang 18 Uhr, Ende etwa 21 Uhr.

Sonntag, 2. Oktober, vorm. freier Eintritt: Goethe-Feststunde anlässlich des 230. Geburtstages des Dichters. Ansprache des Dichters Rudolf Hagelstange unter Mitwirkung des Nationaltheaterorchesters. Anfang 11 Uhr, Ende etwa 12.30 Uhr.

Sonntag, 2. Oktober, abends, außer Mieta: Festvorstellung „Geschichte Gottfriedens von Berlichingen mit der eisernen Hand“, dramatisiert von Joh. W. v. Goethe. Anfang 18.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Montag, 3. Oktober, nachm., ohne Kartenverkauf, für die Schüler Höhr. Lehranstalten: „Die Entführung aus dem Serail“, Singspiel von W. A. Mozart. Anfang 14 Uhr, Ende etwa 16.30 Uhr.

Montag, 3. Oktober, abends, Mieta A. Nr. 2: „Die Bohème“, Oper von G. Puccini. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 21.45 Uhr.

Dienstag, 4. Oktober, Mieta M. Nr. 2: „Geschichte Gottfriedens von Berlichingen mit der eisernen Hand“, dramatisiert von Joh. W. v. Goethe. Anfang 19.00 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Mittwoch, 5. Oktober, Mieta O. Nr. 2: „Im weißen Rößl“, Operette von R. Benatzky. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Donnerstag, 6. Oktober, Mieta E. Nr. 2: „Geschichte Gottfriedens von Berlichingen mit der eisernen Hand“, dramatisiert Joh. von W. v. Goethe. Anfang 19.00 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Freitag, 7. Oktober, Mieta B. Nr. 2: „Tannhäuser“, Oper von Richard Wagner. Anfang 18.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Samstag, 8. Oktober, Premierenmieta Nr. 3: Zum 35jährigen Dienstjubiläum von Ernst Langheinz: Zum ersten Male: „Fanny“, Komödie von Marcel Pagnol. Anfang 20 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Sonntag, 9. Oktober, Eintrittspreise 0,50-3,- DM, 1. Morgenveranstaltung, zum ersten Male: „Hinter verschlossenen Türen“, Lustspiel von Jean-Paul Sartre. Anfang 11 Uhr.

Sonntag, 9. Oktober, abends, außer Mieta: „Die Entführung aus dem Serail“, Singspiel von W. A. Mozart. Anf. 20.00 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Montag, 10. Oktober, Mieta K. Nr. 3: „Tannhäuser“, Oper von Richard Wagner. Anfang 18.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Das Einkaufs-ABC

Offenbacher Lederwaren
Wilhelm Friedrich Bauer
an den Planken, O. 6, 6 — Ruf 410 49

MOBEL VOLK
Mannheim, Qu 1, 23.
zeigt Ihnen unverbindlich die anerkannt größte Auswahl formschöner Qualitätsmöbel zu günstigsten Preisen

Radio Radio-Kunze L 6, 12
Alle Geräte durch:
Radio-Sparvertrag ab 5.— DM wöchentlich

Ihr letzter Trost ein Heita-Rost
Darum verlangen Sie in allen Fachgeschäften nur diese Qualität.
Hersteller: Hch. Heitmann, Mannheim, Waldhoferstr. 18, Tel. 52265

Kugellager
in allen gäng. Größen
FINDLING, (77a) Ettingen 62
Lechleiferstr. 1.

Hygien. Gummischutz 12 Stück 4.—
Frauenschutztbl. 12 Stück 5.—
Moderner Ehekajender Stück 3.50
und 50 Pf. Porto bei Einsendung im Brief (Nachnahme 40 Pf. mehr)
send. unaufrichtig: HANSA-BARTH, Lübeck, Kephauhaus 19/2.

Für Sie die schönsten Früchte

Von unseren Herbstmodellen sind sogar Fachleute begeistert. Im Einkauf konnten wir aus dem großen Angebot vieler Fabrikanten das Beste, also die Rosinen, herauspflücken. Vergleichen Sie nun getrost, kosten und genießen Sie diese reifen Früchte!

HERREN-ANZUGE
gute Wollqualitäten, in modernen Streifen, tadellos verarbeitet. DM 141.— 118.—

ÜBERGANGS-MÄNTEL
halbschwere Qualität, in schönen Farben und guter Verarbeitung DM 129.— 68.—

Herr Kleiderwaren
Seit 1871

Bergdoli
Mannheim H 1, 5, Breite Str.

Freude u. Entspannung finden Sie auf der traditionellen **Mannheimer Oktober-Messe** vom 2. bis 11. Oktober

Sensationen - Volksbelustigungen - Eis- u. Imbissstände
Zucker Konditoreien - Wein- u. Bierzelte - Waren all. Art
erwarten Sie auf d. Platz hinter der Hauptfeuerwache.
Besuchen Sie auch den **Neuheitenverkaufsmarkt auf dem Marktplatz**

Viele praktische Neuheiten erwarten Sie zu vollstündlichen Preisen
Es ladet freundlichst ein: **Das ambulante Gewerbe**

Film von Heute **VORANZEIGE ab Freitag**

ALSTER LICHTSPIELE
0 3 6 TEL 44 647

V. Leigh - L. Olivier in **Lord Nelsons letzte Liebe**
Beiprogr.: Alleinige Erstaufführung f. Mannheim des Schwereichs-Meisterschaftskampfes ten Hoff - Neusel
Beginn: 14.15, 17.00, 20.00 Uhr

Jean Kent und Albert Lievon **Schlafwagen nach Triest**
Wer Abenteuer, schöne Frauen und gefährliche Männer liebt, muß diesen Film gesehen haben
Beg.: 14.00, 16.30, 19.00 u. 21.00

Donnerstag letzter Tag! **Das indische Grabmal**
Beg.: 10.00, 11.45, 13.45, 15.45, 17.45, 20.00 u. Spätvorstell. 22.30 Uhr.
„Parkstraße 15“

Die große Leidenschaft
Leben u. Schicksal einer Frau, die zwischen 2 Männern steht
Beg.: 14.00, 16.00, 18.15, 20.30 Uhr

Rudolf Prack, Annelies Reinhold in: **Ein Herz schlägt für Dich**
Ein packender Film aus dem schönen Tiroler Bauernmilieu mit Liebe und Leid, aber auch Musik und Tanz

Ein Film v. Liebe, Leid u. Glück im Hintergrund die herrliche ungarische Landschaft **Vision am See**
Paul Javor, Elisabeth Simor u. a.

Erda Schuhpflege
KUCHEN in großer Auswahl zu billigsten Preisen
MÖBEL-MEISEL E 3, 9

Industrieverband Metall Ortsverwaltung Mannheim, L. 4, 13
Auszahlung einer einmaligen Sonder-Unterstützung an invalide Gewerkschaftsmitglieder, die in keinem Arbeitsverhältnis stehen und vor dem 1. Mai 1933 Mitglieder einer Gewerkschaft waren, erfolgt in der Zeit vom 28. bis 30. Sept. 1949. Wir bitten dringend den kurzfristigen Abholungstermin zu beachten. Mitgliedsbuch und Nachweise über die Erwerbsunfähigkeit sind mitzubringen. Spätere Abholung zwecklos.

Erda macht wetterfest

C. Blumhardt Fahrzeugwerk
Wuppertal-Vohwinkel
Iuttbereite
Gespannwagen
Langholzwagen

Berthold Rösch
Färberei und chem. Reinigung
Mannheim - Seckenheim
Tel. 473 95

Küchen mit Vorhängen 220.- DM
Steppdecken, prima Ausführung, 96,50 DM

Anton Gonizianer
MANNHEIM, Mittelstraße 18 und F 2, 8

UNSERE QUALITÄTEN UND PREISE - EIN BEGRIFF -

Einige Beispiele aus unserem reichsortierten Warenlager

Straßenhose aus Wollgarn in Freskomusterung nur DM **19.45**

Weghose aus Englischeder schwere, strapazierfähige Ware nur DM **14.50**

Restposten: Metzgerjacken DM **7.95**
Unterkleider (Charmeuse) mit kleinen Fehlern DM **6.50**
Damengarnituren, reine Baumwolle, zweiteilig DM **4.20**
Damengarnituren, zweiteilig, in Friedensqualität, für die kühle Jahreszeit DM **5.50**
Baby-Wolle, blau, rosa 100 g DM **2.70**
Hemdenstoff, Baumwoll-Cretonne, kräftige Ware 80 cm breit à Meter DM **1.85**
Linen, 160 cm breit DM **4.05**
Malerei- und Gipserei-Anzug in schwerem Roh-Körper DM **15.45**

Auch unser Strickwarenlager ist reich sortiert und bietet Ihnen in besten Kammgarnqualitäten niedrige Preise!

Erda macht wetterfest

C. Blumhardt Fahrzeugwerk
Wuppertal-Vohwinkel
Iuttbereite
Gespannwagen
Langholzwagen

„Blumenhaus Lange Rötter“
Hh. KARL WERNER
Telephon - Nummer 51530
Hietert:
Kränze
Blumen aller Art
zu allen Anlässen.

Jetzt schon bittet um Ihre Spätjahr- & Wintergarderobe zum CHEM. REINIGEN oder FÄRBen

Bardusch
WÄSCHEREI - FÄRBEREI - CHEM. REINIGUNG

S 4, 1
H 4, 20
Beilstraße 8
Mittelstraße 53
Neckarst., Verschaffelsstr. 7
Luzenb., Sandhofer Str. 22

Kf.-Süd, Edenhof, Str. 28
Friedrich-Ebert-Str. 58
Fährbachstr. 18
Almenh., Brentanostr. 19
Ne., Schulst. 3
Ne., Morsfeldstr. 88
Fernruf 440 35

Webwaren ETAGE!

H 1, 8 BREITE STRASSE H 1, 8 BREITE STRASSE

Kauft bei unseren Inserenten!

Erda erhält das Leder

Billig! stübt! Billig!
Kleiderschränke
140 cm 180 cm 190 cm
215.— 225.— 265.—
Hd. Baumann & Co.
Qu 5, 4 Mannheim Qu 5, 4

Erda gibt Hochglanz

Küchen u. Schlafzimmer

Küchenbüfett
mit der vorz. lilaften Raumausstattung eleganten Schließfach 140-160 cm brt. 448. 325.—

Schlafzimmer
echt Eiche, Mittelteil-Esche Hochglanz poliert, schwere Verarbeitung 825.—

Schlafzimmer
echt Eiche, Mittelteil Nußbaum Hochglanz poliert 1020.—

Auch in Bettwaren, Schlafdecken, Drellen, Polster- u. Einzelmöbeln sind wir besonders leistungsfähig.

KAUFHAUS VETTER MANNHEIM